

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
Worteljähr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Besteht täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgehaltene Kolonne
jeite oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 4. Januar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Das Ausland im Jahre 1900.

II.

Espanien

Hatte ein sehr unruhiges Jahr. Die neuen Steuern riefen einen
großartig organisierten passiven Widerstand hervor, der sein Centrum
in Barcelona, dem Sitze der katalanischen Bewegung hatte.

Portugal

Hat seine Neutralität sehr eigenartig aufgefaßt, jedenfalls war Eng-
land mit derselben sehr zufrieden. Freundschaftsbindungen
wurden zwischen Portugal und England mehrfach ausgetauscht.

Italien

Hatte Thron-, Ministerium- und Parlamentswechsel zu verzeichnen.
König Humbert war das Opfer eines Attentats, das zahllose Ver-
haftungen wirklicher und vermeintlicher Anarchisten und die
Anregung zu einer internationalen Anarchistenkonferenz zur Folge
hatte.

Auf der Balkanhalbinsel

fehlt es nicht an pikanten und politischen Abenteuern. Der hier und
da auch eheliche Rache der Jungfrauen wurde zu zahlreichen Er-
pressungen beim Sultan ausgenutzt, man stößt den unbegreiflichen
Kritikern im Auslande mit Gold und Ehrenstellen den Mund und
rührt nicht an der Korruption, den Verwaltungsmißbräuchen und
dem tiefen Elend der muslimänischen und christlichen Bevölkerung, man
zählt den Beamten ihre Gehälter nicht aus und errichtet Prachtbauten.

In den Vereinigten Staaten

ist die Herrschaft der Republikaner gemeiner als je. Mac Kinley
wurde, mit einer unerwartet großen Mehrheit als Präsident be-
stätigt, der Kongreß und der Senat haben starke republikanische
Mehrheiten, so daß die Hoffnungen der Goldwährungsgegner auf
den Einspruch gesunken sind.

Umschwung der amerikanischen Politik fordert schwere Opfer, zahllose
auf den Philippinen, nicht geringe in China; in Kuba hat man mit
großer Unzufriedenheit der unruhigen Bevölkerung zu rechnen; der Bau
von 70 Kriegsschiffen zeigt, wohin der Weg geht.

In Südamerika

sucht man sich durch engeren Aneinanderschluß gegen den steigenden
Einfluß der Union zu sichern; sehr intim gestalten sich
die Beziehungen zwischen Brasilien und der Argentinischen
Republik.

Australiens

Kolonien haben sich zu einem großen Staatswesen vereinigt. Der
australische Bund ist, wie kaum zu zweifeln ist, der Vorläufer der
völligen Unabhängigkeit von England.

Auf Afrika

waren die Blide der ganzen Welt gerichtet, Transvaals und der
Oranjerepublik Kampf um die Erstens hatte alle Sympathien für
sich gewonnen, selbst bei denjenigen, welche sich frei wissen von Eng-
land und Englandsfurcht.

Asien

bildet heute den Angelpunkt der Weltpolitik. Die Wirren in China
haben ein Zusammenwirken der Großmächte Europas mit der Union
und Japan herbeigeführt, das weit weniger auf gemeinsames Inter-
esse, wie auf gegenseitiges Mißtrauen schließen läßt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Januar.

Englische Scharfmachertiaß.

England hat Deutschland unaußerblich durch Scharfmachernach-
richten zum forschen Draußgangertum in China provoziert. In
seiner durch den Transvaalkrieg verschuldeten militärischen Ohn-
macht brauchte es einen Verbündeten, der ihm in Ostasien
die Rastanen aus dem Feuer holte.

Und während England noch fortgesetzt Deutschland scharf zu
machen sucht, macht es auf der andren Seite bereits Anstalten, die
nur zu hilfsvoreite gepanzerte deutsche Faust mit gut gespielmtem
Abscheu nach gethaner Arbeit von sich zu stoßen.

Fengtien, die südlichste und wichtigste Provinz der Mandchurie, hinaus.
Dieser Schritt Rußlands verlege die Integrität Chinas und
nötige die Mächte zu einer Teilung Chinas.

Die im dritten Artikel des deutsch-englischen
Abkommens vorhergesehene Lage scheint jetzt, nachdem Rußland
solche Vorteile erlangt habe, eintreten zu wollen.

Die „Times“ suchen also Deutschland durch die im Grunde ja
nicht unrichtige Auslegung des russisch-englischen Abkommens zur
Aufteilung Chinas scharf zu machen!

Deutschland hat um so weniger Ursache, sich von der Nervosität
Englands anstecken zu lassen, als dasselbe englische Blatt
einige Tage vorher bereits deutlich bewiesen hat, in welcher
Weise es Deutschland den Dank für dessen Befolgung der
englischen Ratschläge abzustatten gedenkt.

Jetzt, nachdem die gemeinsame Note überreicht worden
ist, drückt man die Hoffnung aus, die englische Regierung
werde in Erwägung ziehen, welche Wirkung die deutsche Art,
die Operationen zu führen, gehabt hat.

In Jungtsching, wo im Juni die englischen Missionare
Norman und Robinson von Boxern ermordet wurden, zog im
Oktober eine englische Truppe unter General Richardson
ein, welche der Stadt eine Strafe von 8000 Pfund Sterling
auferlegte.

Während also die verbündeten Mächte Unterhand-
lungen mit den Chinesen eröffnen, um freundliche Beziehungen auf-
zunehmen, sind die Deutschen dabei, die heillosen Prüfungsgelände
zu zerstören, um Brennmaterial zu gewinnen und aus den Steinen
Polizeibaracken zu bauen.

Die englische Expedition nach Singanju für den nächsten Frühling vor,
welche die sichere Wirkung haben wird, den Hof nach Peking zu
vertreiben. Während der deutsche Kaiser den alademischen Wunsch
ausdrückt, die Integrität Chinas zu erhalten und die Central-
autorität zu unterstützen, rufen die Deutschen durch ihr
Vorgehen in Tschili Unruhen im Yangtsethale
hervor, welche ein militärisches Eingreifen dort ebenso wie in
Tschili nötig machen könnten.

Die englische Expedition nach Singanju für den nächsten Frühling vor,
welche die sichere Wirkung haben wird, den Hof nach Peking zu
vertreiben. Während der deutsche Kaiser den alademischen Wunsch
ausdrückt, die Integrität Chinas zu erhalten und die Central-
autorität zu unterstützen, rufen die Deutschen durch ihr
Vorgehen in Tschili Unruhen im Yangtsethale
hervor, welche ein militärisches Eingreifen dort ebenso wie in
Tschili nötig machen könnten.

Das England in dieser Weise Deutschland seine Dienste
in Ostasien lohnen würde, hat ja vor wenigen
Tagen bereits der Geh. Hofrat Balz aus Tokio
angekündigt, der ausführte, England werde Deutschland nach
Agent provocateur-Art zu den verantwortlichen Ausschreitungen ver-
leiten, um ihm nachher alle Verantwortung aufzubuhlen. Ab-
gesehen davon aber verdienen die Enthüllungen des „Times“-Kor-
respondenten, sofern sie auch nur zum Teil der Wahrheit entsprechen,
alle Beachtung. Eine Rechtfertigung der Regierung ist un-
abweidlich. Es genügt nicht, daß der Berliner Korrespondent des
„Daily Telegraph“, ein Herr Washford, auf Grund autoritativer
Mitteilungen die gegen Waldersee erhobenen Anklagen desavouiert.
Herr Washford mag zwar in hohen Kreisen persona gratissima
sein — bei den Leuten, die ihn sonst kennen, ist er persona in-
gratissima — er mag, wie die „Welt-Volksztg.“ mitteilt, das
Recht für sich in Anspruch nehmen dürfen, die Beamten des Berliner
Haupttelegraphenamts als persönliche Bedienstete zu enkavillieren,
aber schließlich ist er doch nicht der berufene Vertreter der Regie-
rung.

Um so weniger, als die „Times“ die Behauptungen ihres Peking-
Korrespondenten gegen das Desavoué des Herrn Washford als streng
zuverlässig energisch in Schutz nehmen.

Die deutsche Regierung wird sich also gegen die erhobenen An-
schuldigungen in ausreichender Weise zu verteidigen haben! —

Einer Katastrophe

sieht die Lage Englands in Südafrika verzweifelt ähnlich.
Auch heute weiß der offiziöse Telegraph nicht den kleinsten Erfolg
über die Boeren zu berichten, dagegen läuft eine Hiobspost nach der
andren ein. Ein Deuter-Telegramm muß eingeschoben: „Die Lage

„In der Kapkolonie gestaltet sich düster“, und die in London eingelaufenen Privattelegramme, die freilich auch das Wolffsche Depeschensbureau ignoriert, malen die Situation vollends in schwarzen Farben. So wird aus Kapstadt dem „Herold Bureau“ zufolge gemeldet, daß bereits 10 000 Kapholländer sich den Boerenkommandos angeschlossen haben und daß der Präsident Steyn die Invasion in der Kapkolonie persönlich leitet. Ferner melden die Londoner Blätter, daß in den nächsten Tagen der Belagerungszustand über die gesamte Kapkolonie verhängt werden solle, da der Aufstand täglich zunehme. Ein andres Telegramm meldet gar vom 3. Januar aus Kapstadt:

„Das englische Kriegsschiff „Monarch“ wird morgen eine Anzahl Geschütze ans Land setzen, um jeder Eventualität vorzubeugen.“

Danach mühte man selbst Kapstadt durch die Ausbreitung des Aufstands und das unaufhaltsame Vordringen der Boeren für gefährdet halten!

Freilich thun die Engländer nur gut, sich auf jede Eventualität vorzubereiten, da die Boeren jetzt mit Eisenweilenzustiefeln nach Süden vorrücken, während vor etlichen Tagen noch Südhener zu selben wagte, daß der Vormarsch der Boeren nach Süden über Burgersdorp und de Kar hinaus gehemmt sei. Jetzt muß das Neutische Bureau melden, daß die Boeren unter Herzog, Weffels, Pretorius und Nieuwenhuis ihren Marsch nach Frazerburg fortsetzen. Frazerburg liegt aber 300 Kilometer weiter südwestlich auf der geraden Route nach Kapstadt! Da die Verbindung zwischen Carnarvon (100 Kilometer nördlich von Frazerburg) und Frazerburg unterbrochen ist, müssen die Boeren bereits dicht vor diesem letzten Ort stehen.

Dieser Teil des Kriegsschauplatzes ist aber von englischen Truppen entblößt, und die Bahnlinien nach Norden, wo die englischen Truppen stehen, sind zum großen Teil abgebrochen!

Nach alledem sagt man nicht zuviel, wenn man behauptet, daß die Chancen der Boeren, die Kapholländer zu einer allgemeinen Erhebung mitzuführen, heute günstiger sind, als vor einem Jahre zur Zeit der Boerenstiege.

Deutsches Reich.

Gradenfrist. Die Drohungen der Konservativen und der Wunsch der Centralverbänder, nicht als unmittelbare Urheber des Ministersturzes erkannt sein zu wollen, sollen nun dem Grafen Posadowsky doch noch eine Amnestiefrist aus Gnade und Barmherzigkeit genährt haben. Die „National-Zeitung“ erklärt, nach ihren Informationen habe sich im Stände der „Posadowsky-Frage“ seit den Reichstags-Verhandlungen über die 12 000 M. nichts geändert. Und die „Deutsche Tageszeitung“, die gestern noch eifervoll die Rettung des Ministerrats betrieb, erklärt heut das letzte Schicksal des 12 000 Mark-Grafen für heil und tüchtig gegen alle intriganten Winde. Ueberhaupt jubelt das vom Alj besetzte Agrarblatt, herrsche „das denkbar beste Verhältnis zwischen dem Reichskanzler und seinen Vertretern im Reich und Preußen; der Reichskanzler weiß, daß im gegenwärtigen Augenblick beide Männer die Agrarierbedürfnisse Posadowsky und Miquel für ihn fast unerfüllbar sind.“

Wir, die wir nicht am Quell der „Informationen“ sitzen, wissen nicht, wie nahe oder wie fern das ministerielle Ende des Grafen Posadowsky ist. Uns bleibt es angenehm, wenn die Regierung den schimpflichen Mafel des 12 000 Mark-Standats fortzutragen den Mut hat.

Der Spreerästel.

Die bevorstehende Einrichtung eines neuen Oberpräsidiums Berlin soll, wie wiederholt offiziell versichert wird, nur verwaltungsmäßige, aber keine politische Zwecke verfolgen. Dagegen erklärt die „Kreuz-Zeitung“:

„Daß ein lediglich für Berlin bestimmter Oberpräsident die bereits bestehenden Aufsichtsbefugnisse des Staats gegenüber der Stadtgemeinde intensiver zu handhaben in der Lage ist, als ein Beamter, der zugleich die Aufsicht über die ganze Provinz Brandenburg zu führen hat, liegt auf der Hand. In diesem Sinne können wir die geplante Maßregel nur mit Genehmigung begrüßen. Denn bei den Berliner Stadtverordneten hat mehr und mehr der Gedanke Platz gegriffen, daß die gesetzlichen Bestimmungen des staatlichen Aufsichtsrechts gegenüber den Gemeinden für Berlin nicht vorhanden sind. Es ist deshalb hohe Zeit, daß mit dieser Anschauung gründlich aufgeräumt wird.“

Danach wird man allerdings der kommenden Vorlage mit dem größten Mißtrauen entgegen sehen müssen. Die politische Entmündigung, die Vernichtung der schon ohnehin arg beschränkten Selbstverwaltung des roten Berlin — das ist nach den Andeutungen der „Kreuz-Zeitung“ der Zweck der „Reform“!

Während jeder bornierte brutale Junker als Beherrscher seines Ortsbezirks fast unumhüllte Gewalt ausüben darf, soll die intelligente Millionen-Versäuerung der Reichshauptstadt unter die Vormundschaft eines reaktionären Beamten gestellt werden. Berlin ist heute schon nicht Herrin seiner selbst — man denke an die über den Kopf der Stadt hinweg dekretierten Maßnahmen der Straßenbahn — künftig soll es von der Gnade fremder Elemente abhängig sein.

„Ein neuer Schwindel.“ Im I. Teil des dritten Bandes des „Kapital“ von Karl Marx giebt dieser eine Schilderung des „neuen Schwindels“, der zur Zeit der Abfassung des Werks (zwischen 1863 und 1867) in England sich ausbreitete, und der gegenwärtig ein alter Schwindel geworden, der aber ewig neu bleibt. Marx schreibt am Schluß des 23. Kapitels: „Zins und Unternehmerrgennuß“ auf Seite 376:

„Auf Basis der kapitalistischen Produktion entwickelt sich bei Aktienunternehmungen ein neuer Schwindel mit dem Verwaltungslohn, indem neben und über dem wirklichen Dirigenten eine Anzahl Verwaltungen und Aufsichtsräte auftritt, bei denen in der That Verwaltung und Aufsicht bloßer Vorwand zur Plünderung der Aktionäre und zur Selbstbereicherung wird.“

Marx zitiert dann aus einer 1845 in London erschienenen Schrift einige Angaben darüber, „was Bankiers und Kaufleute dadurch gewinnen, daß sie an der Direction von 8 oder 9 verschiedenen Compagnien beteiligt sind.“ So bezog ein Herr Curtis, wie sich bei seinem Bankrott herausstellte, ein Einkommen von 800—900 Pfund Sterling (16 000 bis 18 000 M.) jährlich. „Da Herr Curtis Direktor der Bank von England und der Ostindischen Compagnie gewesen, schätzte jede Aktiengesellschaft sich glücklich, ihn zum Direktor gewinnen zu können.“

Ganz wie es noch heute der Fall ist: Leute mit langweiliger Namen werden als Verwaltungen und Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften gewonnen — vom Groß- und Hofbankier angefangen bis herunter zu Herrn v. Kardorff, dem Aufsichtsrat der „Laurahütte“.

Nur in einer Beziehung haben sich seit Anno dazumal die Zeiten sehr geändert. Marx schreibt: „Die Remuneration der Direktoren solcher Gesellschaften für jede wöchentliche Sitzung ist mindestens eine Guinee (21 Mark).“

Heute machen es die Herren Aufsichtsräte nicht so billig! Sie beziehen zehn- und Hunderttausende aus solcher Beschäftigung und jede Sitzung bringt ihnen mindestens tausend Mark ein. Der geachtete Sohn eines namhaften Großbankiers bezieht allein aus diesen „Rebeneinnahmen“ mehr als 400 000 Mark!

Geändert hat sich aber nichts an dem, was Marx über die „Tätigkeit“ der Aufsichtsräte sagt. „Die Verhandlungen vor dem Bankrotgericht zeigen, daß dieser Aufsichtsrat in der Regel im umgekehrten Verhältnis steht zu der von diesen nominellen Direktoren wirklich ausgeübten Aufsicht.“

Die so hoch bezahlte „Aufsicht“ hat freilich mitunter auch ein unangenehmes Recht, wie es das bei dem jetzigen Krach der Spielhagen-Wanken für die Schriftsteller und Juristen ist, die ihren Namen auf die Liste der Aufsichtsräte setzen ließen! Aber deswegen wird der Schwindel nicht aufhören, den Marx so richtig gekennzeichnet hat.

Mirbach und Sanden. Der gute Herr v. Mirbach scheint doch in sehr eigenartiger Weise von dem frommen Sanden hingerufen worden zu sein. Neulich veröffentlichte das „Kleine Hofjournal“, Herr v. Mirbach habe deshalb 800 000 M. des Reichensfonds in Sandenschen Papieren angelegt, weil ihm auf seine Erfindungen, die er über die Pfandbriefe bei den obersten Behörden „Bezeugens“ eingebracht hatte, die Anstalt erteilt worden wäre, daß diese Pfandbriefe ebenso gut seien, als deutsche Reichsanleihe.

Den obersten Behörden Preußens scheint nur diese Angabe unangenehm gewesen zu sein und man hat offenbar den Freiherrn v. Mirbach veranlaßt, sich ein wenig zu forrieren. Jetzt wird nun erzählt, das absolute Vertrauen des Herrn v. Mirbach zu dem Hypothekensandens, dessen erklärte sich dadurch, daß dieselben allgemein und ganz vielfach auch von hohen Staatsbeamten gekauft worden sind, und daß man auch in den Vorständen der Vereine, in denen ebenfalls viele höhere Beamte sich befinden, an der Sicherheit der Pfandbriefe niemals Zweifel hegte.

Arbeits gewinnt man durch diese neue Auslegung keineswegs. Das Gericht wird wohl den Freiherrn als Zeugen laden müssen, um einen Einblick in diese Beziehungen und Verhältnisse zu gewinnen.

Die goldene Hand. Das „Kleine Journal“ erklärt, es habe sich die zwei letzten Geschäftsberichte der De Beers Company verschafft, der eine für das am 30. Juni 98, der andre für das am 30. Juni 99 endende Geschäftsjahr. In beiden Berichten seien keine derartigen „Specialfonds für Agitationsausgaben“ verzeichnet, wie sie durch Dr. Liman in den „Leipz. R. Nachr.“ behauptet wurden. Ein späterer Jahresbericht, so sagt das genannte Blatt weiter, könne noch nicht existieren und Semestralberichte gebe die De Beers-Company überhaupt nicht heraus.

Alle diese Feststellungen widerlegen aber keineswegs die Mitteilung Dr. Limans, in der es hieß: „Die De Beers Company hat für das Jahr 1899, zweites Semester, einen Geschäftsbericht verfaßt, der allerdings nur einigen wenigen Personen zugänglich gemacht wurde.“

Ferner erklärt heute die „Rhein-Post“, Jg. 1: „Nach einer uns von ganz anderer Seite aus München zugegangenen Nachricht ist die Behauptung Dr. Limans zutreffend. Der Bericht existiert und ist unterzeichnet von Lionel Phillips. Auch das stimmt überein mit den Thatsachen. Lionel Phillips, der Freund von Rhodes und Weiß und Hauptverächler im Jamesonfall in Pretoria, ist Chairman, d. h. Vorsitzender der De Beersgesellschaft.“

Belohnt. Professor Dr. Eiser, der 1897 als Personalreferent in Universitätsangelegenheiten in das Kultusministerium berufen wurde, hat jetzt bereits weiteren Lohn seiner Strebamkeit bezogen. Er ist zum Geheimen Ober-Regierungsrat mit dem Range der Räte 2. Klasse ernannt worden. Professor Eiser ist der würdige Vertreter deutscher Wissenschaft, der die „Anlage“ im Naturerkenntnis vorzuziehen gegen Dr. Arons führte, sich durch besondere Anerkennungen der Geschichte und des Wissens des Sozialismus ausgezeichnete und sich von Professor Schmoller lösen lassen mußte: Lieber mit Helmholz unterliegen als mit Eiser siegen. Weitere solche Siege werden Herrn Eiser sicherlich noch zu höchsten Ehrungen emporführen.

Der Kultusminister hat, offenbar veranlaßt durch den Fall Reiser, folgende Verfügung erlassen:

I. Die Vorsteher der Kliniken, Polikliniken und sonstigen Krankenanstalten weise ich darauf hin, daß medizinische Eingriffe zu anderen als diagnostischen, Heil- und Immunisierungszwecken, auch wenn die sonstigen Voraussetzungen für die rechtliche und sittliche Zulässigkeit vorliegen, doch unter allen Umständen ausgeschlossen sind, wenn

1. es sich um eine Person handelt, die noch minderjährig oder aus andern Gründen nicht vollkommen geschäftsfähig ist;
2. die betreffende Person nicht ihre Zustimmung zu dem Eingriffe in unabweisbarer Weise erklärt hat;
3. dieser Erklärung nicht eine sachgemäße Belehrung über die aus dem Eingriffe möglicherweise hervorgehenden nachteiligen Folgen vorausgegangen ist.

II. Jegliche bestimmte ich, daß

1. Eingriffe dieser Art nur von dem Vorsteher selbst oder mit besonderer Ermächtigung desselben vorgenommen werden dürfen;
2. bei jedem derartigen Eingriffe die Erfüllung der Voraussetzungen zu I. Nr. 1—3 und II. Nr. 1 sowie alle näheren Umstände des Falls auf dem Krankenblatte zu vermerken sind.

III. Die bestehenden Bestimmungen über medizinische Eingriffe zu diagnostischen, Heil- und Immunisierungszwecken werden durch diese Anweisung nicht berührt.

Zu dem Gesetze über die Zwangs- und Erziehungs-Unterricht hat das preussische Ministerium des Inneren Ausführungsbestimmungen erlassen. Es wird angeordnet, daß die Kommunalverbände, denen die Ausführung der Zwangs- und Erziehungs-Unterricht obliegt, mit geeigneten Anstalten rechtzeitig Vereinbarungen über die Aufnahme von Zwangsschülern zu treffen haben, wobei darauf zu achten ist, daß der Minderjährige sich nicht aus eigenem Antriebe oder durch Vermittelung seiner Angehörigen dem vormundschaftsgerichtlichen Verfahren entzieht. Gefängnisse dürfen keinesfalls zur Unterbringung benutzt werden.

Die Kommunalverbände haben darüber zu entscheiden, ob Anstalts- oder Familien-Unterricht einzutreten soll. Der letztere ist, wie es in den Mitteilungen der „Berliner Korrespondenz“ darüber heißt, entschieden der Vorzug zu geben, zumal wenn der Jüngling noch im schulpflichtigen Alter steht und in geringerer Nähe verweilt ist. Die Auswahl der Familien wird freilich in jedem Fall mit Vorsicht und Bedacht gemäß den Anleitungen der Ausführungsbestimmungen erfolgen müssen. So soll darauf geachtet werden, daß die Familie dem bisherigen Aufenthaltsorte des Jünglings nicht zu nahe wohnt, und daß nicht mehrere Jünglinge in derselben Familie untergebracht werden.

Die Anstalts- und Erziehungs-Unterricht erscheint vorzugsweise angebracht für Minderjährige, die zu geschlechtlichen Ansehenswegen, zum Landstreichen und zu Verbrechen neigen oder in anderer Weise sittlich verwaht sind, sowie solche, deren körperlicher Zustand eine besondere Pflege unter ärztlicher Aufsicht fordert. Aber auch dann sollen die Jünglinge nur so lange in der Anstalt bleiben, als unbedingt notwendig ist, um sie an Arbeit und Ordnung zu gewöhnen, leiblich und geistig zu kräftigen. Späterhin soll die Familien- und Erziehungs-Unterricht Platz greifen. Die Kommunalverbände werden, sofern nicht geeignete kirchliche oder private Anstalten vorhanden sind, für die Jünglinge Anstalten, die den besonderen Anforderungen der Fürsorge-Erziehung entsprechen, errichten müssen. Zwar dürfen die bei Landarmen- und Arbeitshäusern üblich werdenden Gebäude hierbei benutzt werden, doch müssen diese Gebäude von den zur Aufnahme der Landarmen- und Korrigenden bestimmten vollständig abgeschlossen und mit eigenem Lehr- und Aufsichtspersonal ausgerüstet sein. Die Jünglinge müssen unter allen Umständen, auch bei der Arbeit, von den Insassen des Landarmen- oder Korrigationshauses so getrennt gehalten werden, daß irgend eine Verbindung zwischen ihnen nicht stattfindet. Kommunalverbände, welche noch keine geeigneten Anstalten besitzen, können vorübergehend (bis zum 1. April 1903)

die Fürsorge-Unterricht unter Beobachtung besonderer Bedingungen auch in Arbeits- und Landarmenhäusern unterbringen.

Vor Ablauf des schulpflichtigen Alters ist rechtzeitig für eine den Fähigkeiten und Verhältnissen des Jünglings angemessene Dienst- oder Lehrstelle zu sorgen.

Für jeden in einer Familie untergebrachten Jüngling ist von dem verpflichteten Kommunalverbände ein ehrenamtlicher Fürsorger zu bestellen, der sowohl die Führung als auch die Erziehung und Beobachtung der ihm zugewiesenen Jünglinge zu überwachen hat. Für Mädchen und Kinder unter 12 Jahren sind vorzugsweise weise Frauen als Fürsorger zu bestellen.

Die ostasiatische Erbschaft.

Die Geschichte von dem bösen, heimtückischen China und den braven Mächten, wie sie auch von Herrn von Bälou im Reichstag erzählt wurde, ist fast allgemein bekannt. Die braven Mächte hatte ihr gutes Herz getrieben, die heimtückischen zopfigen Chinesen mit den Gütern des Christentums und der Kultur zu beglücken. Der chinesische Nob. der die guten Absichten der Mächte schände verlornte, hatte zwar ellihe Missionare ermordet, aber die einsichtigeren Regierung hatte diese Schandthat dadurch wieder gut gemacht, daß sie Deutschland die Heimstadt Kiautschou auf 99 Jahre in Pacht gab, ohne einen Pfennig Pachtzins dafür zu nehmen. Außerdem erteilte die Regierung eine Reihe von Eisenbahn-Konzessionen, um dem Massenimport von Kultur und Christentum nicht mehr im Wege zu stehen, als plötzlich die von der hinterlistigen Regierung begünstigten Boer sich zur Fremdenverdrängung erhoben. Um diesen gemeinen, tödlichen Aufstand niederzuwerfen und China bei dieser Gelegenheit einen gehörigen Dornzettel zu geben, insenierten dann die Mächte unter Deutschlands Führung den Dummekrieg.

Diese offizielle Darstellung hatte sich bislang auch die offizielle „Köln. Jtg.“ zu eigen gemacht. In einem Leitartikel jedoch, in dem sie beim Jahreswechsel einen Rückblick auf die Vorgänge in China wirft, giebt sie auf einmal eine ganz andre Darstellung der Entstehung der chinesischen Wirren. Von der Beglückung Chinas mit Kultur und Christentum ist da gar keine Rede, wohl aber von den Eroberungsgelüsten der Mächte.

Der Kanonendonner des japanisch-chinesischen Krieges 1894/95 habe den fernem Osten aus seinem Dornbüschel schlummer aufgeschreckt. Er habe die militärische Ohnmacht Chinas bewiesen und dem Longinesen Ferry recht gegeben, der China in militärischer Beziehung als quantitativ völlig abgelehrt habe. Diese Erkenntnis

wäre alsbald den Fried. sich beizuteilen ein Stück des Erbes dieses neuen politischen Kranten zu sichern. Der ostasiatische Dreieck, Deutschland, Rußland und Frankreich, fiel Japan in den siegreichen Arm, verbinde das Inselvolk, auf dem Festland Asiens festen Fuß zu lassen, zwang es die Halbinsel Liaotung zu räumen und sich mit Formosa, den Pescadores und einer Geldentschädigung zu begnügen.

Die Eroberungen hätten nunmehr „in bescheidenem Schrittmach“ begonnen. „Deutschland nahm Kiautschou“ und Rußland, England und Frankreich folgten dem Beispiel Deutschlands. Durch Sicherung sogenannter „Interessensphären“ nahm man einseitig eine „papierne Aufteilung des Reichs der Mitte“ vor und beschwor damit die Gefahr herauf, daß diese Theorie einmal früher oder später von dem einen oder anderen in die Wirklichkeit übertragen werden und sich daran der Weltkrieg entzünden könnte.“

Ran steht, dem auf sentimentale Gemüter zugeschnittenen Märchen gegenüber verhilft diesmal die „Köln. Jtg.“ der historischen Wahrheit zu ihrem Recht. Nicht um die Kulturverdrängung Chinas handelte es sich — in diesem Fall hätte man Japan gewähren lassen müssen — sondern „um sich bei Zeit ein Stück des Erbes“ zu sichern. Und nur die gegenseitige Eifersucht zwang die Mächte, es einseitig bei der „papierne Aufteilung“ bewenden zu lassen.

Mit der Legende von den braven Mächten zerfällt die „Kölnische Zeitung“ zugleich auch die von dem bösen, heimtückischen China:

„China machte zu diesem bösen Spiel so gute Miene, daß niemand (?) auch nur abnte, es könne sich einer der fruchtbarsten Ausbrüche vorbereiten, den die chinesische Geschichte gesehen hat.“

Daß eine Nation einen geplanten Freiheitskampf ihren Unterdrückern ein Jahr vorher anzigt, ist unres. Wissen noch niemals Brauch gewesen. Arminius, dessen Nationaldenkmal im Teutoburger Wald steht, hat das auch nicht getan.

Zu dem Stil der ländlichen Geschichtsbetrachtung fällt die „Köln. Jtg.“ allerdings sofort wieder zurück, sobald sie über die Liquidierung der chinesischen Erbschaft Vermutungen anstellt. Wagt sie doch von der günstigen Vorbedeutung des neuen Einklanges im „Kongress der Mächte“ zu sprechen. Erbschaftsreitigkeiten pflegen oft die bödsartigen Streitigkeiten hervorzurufen. Dieser Erbschaftstreit ist aber ein Spiel mit dem Feuer, das den Weltkrieg nur zu leicht entzünden könnte.

Ein afrikanischer Kulturpionier. Der Hauptmann v. Besser, der vor einigen Monaten von der Schutztruppe in Kamerun abberufen wurde, befindet sich seit etwa 14 Tagen im Militär-Arresthause in der Leichter Straße in Untersuchungshaft. Schon Mitte November war seine Ankunft in Deutschland erfolgt. Ihm werden viele schwere Mißhandlungen zur Last gelegt.

Alle mit Weite. Die Joststelle des Schachmachersverbandes in Posen hatte am 13. Juli beim Oberpräsidenten Beschwerde geführt über eine Handlung der Unterbehörden. Auf wiederholtes Ersuchen um Bescheid erhielt der Beschwerdeführer unterm Datum des 24. Dezember einen Bescheid des Oberpräsidenten, worin es heißt, daß ihm die Beschwerde „erst vor kurzem“ vorgelegt worden sei und nun weitere Erörterungen im Gange seien. Wegen der verpateten Vorlegung der Beschwerde sei „das Erforderliche verfügt“ worden.

Die Unterbeamten der Posener Provinzialregierung scheinen danach selbst ein wenig Oberpräsident gespielt zu haben. Mit Strafverfügungen ist man in der Regel schneller bei der Hand.

Der bischöflich verhehnte Verein Katholischer Seelsorger für Bayern, gegen den sich außer dem Erz-bischof von Bamberg auch die Bischöfe von Regensburg, Eichstätt und Passau erklärt haben, veröffentlicht auf einen Artikel der ultramontanen „Rhein. Volksg.“ folgende Erklärung im „Frankf. Courier“:

Der Vorstand des Katholischen Seelsorger-Vereins für Bayern liegt es fern, an den amtlichen Erlassen der bischöflichen Generalvicariate Regensburg und Eichstätt gegen den genannten Verein öffentliche Kritik zu üben. Dagegen muß sie bedauern, daß sich eine katholische Tageszeitung dazu hergiebt, einen Verein als „verwerflich und mit göttlichen und kirchlichen Bestimmungen in unvertäglichem und unversöhnlichem Gegensatz stehend“ zu bezeichnen, dem der hochwürdigste Bischof von Speyer und dessen Ordinariat nach Prüfung der Statuten mit den besten Wünschen zugestimmt haben, zu dessen Mitgliedern und Mitbestimmten ehrenwürdige Geister gehören, die in treuer, ehrenvoller Verwaltung ihres Amtes bereits das 70. Lebensjahr überschritten haben, dem auch eine Priebe des Bamberger Altes, Herr Theodor, rektor und erzbischöflicher geistlicher Rat Dr. Alois Hartung, als Ehrenmitglied beigetreten ist. Der Verein nicht sich nicht in Fragen des kirchlichen Lebens und der kirchlichen Disziplin, er erstrebt nur die Sicherung der sozialen Stellung seiner Mitglieder. Zu diesem Streben wird er sich durch nichts irre machen lassen, sondern unentwegt, sei es in dieser, sei es in einer andern Form, fortfahren.

Wolfsbach, 26. Dezember 1900.

Joh. Fremel.

Pfarrer, erster Schriftführer des Katholischen Seelsorger-Vereins. Ob die vier Bischöfe nach dieser Versicherung des Vereins, nur sozusagen rein gewerkschaftliche Zwecke zu verfolgen, ihre bisherige Stellungnahme ändern werden? Oder ob sie glauben, daß durch

die Existenz eines die Hebung der sozialen Stellung der niederen Gesellschaft verfolgenden Vereins unter den Arbeitern zur die „Wohlfahrt“ gefördert werde? —

Verschärfung des Kohlenwunders. Der Vorstand des Rheinisch-Westfälischen Coalitionsbundes richtet das folgende Rundschreiben an seine Mitglieder: „Infolge der gänzlich veränderten Marktlage werden wir einer demnächst einzuberufenden Monatsversammlung per Januar eine Einschränkung von 5 Prozent zur Beschlußfassung unterbreiten müssen. Diese Mittelung machen wir Ihnen schon heute, damit Sie in der Lage sind, gleich von Beginn des Monats Januar an diese Einschränkung eintreten zu lassen.“ —

Der Eintritt der strengen Winterkälte, unter der die Armen bitter leiden, hat die Kohlenaktien munter in die Höhe getrieben. Aus dem Grund quillt der Profit — so will es die göttliche Weltordnung. Jetzt benutzt nun auch das Coalitionsbündel die „günstige Konjunktur“ und dekretiert eine Einschränkung der Produktion — und das, obwohl die Coalitionspreise ohnehin heute schon unerschwinglich hoch sind.

Der Uebermut der Kohlenbarone kennt keine Grenze mehr. Müssen Hunderttausende frieren und leiden — was gilt es, um so üppiger fließt der Gewinn! Das Reich sollte in der That schleunigst dem verbrecherischen Treiben Einhalt gebieten. —

Ein China-Gedenkblatt Wilhelm II. Der Kaiser hat, wie die Presse zu melden weiß, zur Erinnerung an die Opfer des China-Krieges ein eigenhändig entworfenes Gedenkblatt gestiftet.

Das Gedenkblatt ist auf Befehl des Kaisers vervielfältigt und je ein Abdruck desselben den Angehörigen der bisher in China Gefallenen resp. Verstorbenen mittels besonderer Aufschreibens des Staatssekretärs des Reichs-Marineamts, Vizeadmirals v. Tirpitz, zugesandt worden. Das unter Glas und einem prachtvollen Rahmen gehaltene Gedenkblatt, welches eine Höhe von 66 Centimeter und eine Breite von 50 Centimeter hat, trägt folgende Widmung: „Gedenkblatt zur Erinnerung an (folgt Name des Verstorbenen) geb. den, st. den — Er starb für Kaiser und Reich. — Ehre seinem Andenken!“ — Die vom Kaiser entworfene Zeichnung stellt die Germania im Panzermantel dar, mit der hochgehobenen Linken einen Lorbeerkranz haltend und mit der Rechten auf den mit dem Reichsadler geschmückten Schild gestützt. Am unteren Ende der Widmung befindet sich die Reichs-Kriegsflagge mit dem Eisernen Kreuz, sowie ein **Christuskopf** in Medaillonrahmen, neben welchem auf Goldgrund die Worte stehen: „Niemand hat größere Liebe, denn die, daß er sein Leben läßt für seine Freunde. Ev. St. Joh. 15, Vers 13.“ —

Ueber eine Sühne Marocco für die Bedienten deutscher Kaufleute widerfahrenen Gewaltthaten berichtet die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß dieselbe den Forderungen des deutschen Gesandten entsprechend durch Zahlung von Geldbußen und Bestrafung der Schuldigen erfolgt sei. Es geht also auch ohne „Wachtung“.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 8. Januar. Der sozialistische Deputierte Rouanet erklärt in der „Revue Republique“ mit Bezug auf das Urteil des Disziplinargenichts in der Affaire Guignot, dieses sei ein bedenkliches Zeichen für den unter den Offizieren herrschenden Geist. Auf eine solche Herausforderung könne die republikanische Partei die Antwort nicht schuldig bleiben. Die Liga der republikanischen Aktion, welche auswärts 10 000 Mitglieder zählt, habe beschlossen, in allen Stadtvierteln von Paris, sowie in zahlreichen Departements Ortsgruppen zu gründen, um die nationalistische Agitation zu bekämpfen. —

England.

Zur Begrüßung des Lord Roberts hatten sich in Cowes die Prinzessin Beatrice und der Herzog von Cornwallis eingefunden. In Erwiderung auf mehrere Anreden sagte Roberts, er bedauere, daß seine Rückkehr nicht das Anzeichen unmittelbarer bevorstehender Friedens sei, wie er gehofft habe. Er habe Südafrika nur mit Widerstreben verlassen, habe aber unbedingtes Vertrauen zu General Kitchener, dessen Aufgabe ja wegen der Wichtigkeit des Feindes, der Ausdehnung und der Unfruchtbarkeit des Landes schwierig sei. Er hege bezüglich des Endergebnisses keine Furcht, wenn man dem Feinde klar mache, daß England entschlossen ist, den Krieg zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Als bald nach dem Empfang fuhr Roberts nach Saloh Osborne. Dort wurde er von der Königin empfangen, die ihm die Carlswürde und den Hofenband-Orden verlieh. —

Afrika.

Vom Kriegsschauplatz liegen folgende Telegramme vor: **Carnarvon, 1. Januar.** Die Boeren unter Herzog, Wessels, Pretorius und Nieuwenhout setzen den Marsch nach Kraterburg fort. Wie gemeldet wird, befinden sich dieselben bei Spionberg. Die Plünderung dauert fort. Die Verbindung mit Prosperburg ist unterbrochen. Die Obersten Delisle und Abornecroft setzen die Verfolgung fort, aber die Pferde und Maultiere sind sehr erschöpft.

Kapstadt, 8. Januar. Die Lage in der Kapkolonie gestaltet sich düster. Die holländische Bevölkerung hat sich zwar zur Zeit noch nicht erhoben, aber die in die Kolonie eingedrungenen Boeren erhalten überall Unterstützung von den dortigen Bewohnern. Man verlangt dringend die Entsendung erheblicher Verstärkungen von England. Die Vorhut der Boeren im Osten der Kolonie liegt nahe bei Maraisburg, etwa 25 englische Meilen nordöstlich von Cradock (150 Kilometer südlich von Burgersdorp und 400 Kilometer östlich von Fraserburg).

London, 8. Januar. Lord Kitchener telegraphiert aus Pretoria vom 2. Januar: General Knox berichtet, daß er habe verlor, Befehlern zu gewinnen, sei jedoch durch Widerstand daran verhindert worden und habe sich auf Lindley oder Rich zurückziehen müssen. Eine Abteilung britischer Infanterie ziehe, als sie Kroonstadt verlassen hatte, auf Widerstand, es gelang ihr jedoch mit geringen Verlusten die Bahulinie und ohne großen Verlust Südafrika zu passieren. General Williams zwang die südwestlich von Middelburg befindlichen Boeren zum Gehorcht. Die Engländer besetzen Graaf-Reinet. Wie die „Daily Mail“ aus Kapstadt von gestern meldet, haben die Boeren Jagersfontein, welches am 23. Dezember von den Engländern geräumt war, wieder besetzt.

Der „Standard“ meldet aus Durban, daß zahlreiche bewaffnete Boeren bei Ladysmith aufgetaucht sind. Die englischen Kavalleristen mußten sich schleunigst zurückziehen.

Die „Morning Post“ berichtet aus Pretoria, daß mehrere Fremden, welche vor längerer Zeit den Neutralitäts-Eid geleistet und sich seitdem an einem Angriff gegen die englischen Vorposten beteiligt haben, in Johannesburg gehängt worden sind. Darnach sollen sich einige Deutsche befunden haben.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

1. Sitzung vom Donnerstag, 8. Januar 1901, nachmittags 3 Uhr.
In der heutigen ersten Sitzung des Jahres hat zunächst die Rekonstitution der Versammlung stattgefunden.
Der bisherige Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung mit einem Neujahrsgruß an die Kollegen und schließt daran ein dreimaliges Hoch auf den Kaiser, in welches die Anwesenden (die Sozialdemokraten sind nicht zugegen) mit erhobener Rechten einstimmen.

Unter dem Vorsitz des bisherigen Vorsitzers Stellvertreters Nischelet wird darauf (die sozialdemokratischen Mitglieder sind inzwischen eingetreten) die

Wahl des Vorsitzers

vollzogen. Auf Vorschlag des Stadt. Kreitling wird Dr. Langerhans durch Zuzuf wieder gewählt; die Wahl erfolgt einstimmig. Dr. Langerhans nimmt die Wiederwahl mit bewegten Dankworten an. Auch der Stellvertreter Nischelet, sowie die Beisitzer Gerde, Seibert und Feid und deren Stellvertreter Plätsche, Friederici und Törner wählen die Versammlung durch Zuzuf auf Vorschlag Kreitling wieder.

Auch im laufenden Jahre 1901 werden die ordentlichen Sitzungen der Versammlung an den Donnerstagen von 5 Uhr ab abgehalten werden.

Sodann ist über die Neuwahl der einzusetzenden

ständigen Ausschüsse

(für die Wahl der unbesoldeten Gemeinbedienten, zur Begutachtung der Vorlagen wegen Anstellung bezw. Pensionierung besoldeter Gemeinbedienten und Lehrer, für Petitionen, für Rechnungssachen und für Wahlprüfungen) Beschluß zu fassen.

Auf Antrag Nischelet werden diese Ausschüsse in ihrer bisherigen Zusammenfassung auch fernerweit bestätigt. Dasselbe geschieht bezüglich der Ausschüsse und gemischten Deputationen, welche im Jahre 1900 zur Vorberatung einzelner Gegenstände ernannt, ihren Auftrag noch nicht erledigt haben.

Unter lebhaftem Beifall der Versammlung spricht der Alterspräsident, Sanitätsrat Dr. Reumann, dem Vorsitzenden und dem Vorstand den Dank für die Geschäftsführung im verflossenen Jahre aus.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Im Anschluß an den Magistrats-Tag betreffend die Veranstaltung von

Vorlesungen über Elektrotechnik

durch Professor Szymanski erinnert Stadtv. Direktor Schwalbe daran, daß im Vorjahre ein Antrag Borgmann angenommen sei, wonach auch für die Mitglieder des Magistrats und der Versammlung solche orientierenden Vorlesungen gehalten werden könnten. Diefem Antrage ist nach Ansicht des Redners nicht fernerweit entsprochen worden. Es empfehle sich jedenfalls, statt das gesamte ungeheure Gebiet der Elektrotechnik zu behandeln, lebendigere Einzelbilder zu geben, z. B. über die drahtlose Telegraphie, über die Elektrizität als Verkehrsmittel u. dergl. Auf den Kostenpunkt könne es nicht ankommen.

Die Vorlage wird hierauf ohne weitere Debatte angenommen. Der Magistrat überreicht einem Beschlusse der Versammlung vom 8. Mai 1900 entsprechend, eine Nachweisung der im Anschluß an die

Gemeinschafts-Sommerferien

1899 und 1900 beurlaubt gewesen und der im Jahre 1900 auf länger als vier Wochen verreisten Lehrkräfte, sowie eine entsprechende Nachweisung für die Gemeindegemeinschaften mit Angabe, wie viel der letzteren Geschwister haben, die höhere Schulen besuchen und gleichfalls beurlaubt oder länger als vier Wochen verreist waren.

Stadtv. Singer (Soz.): Der betr. Beschluß der Versammlung ging auch noch dahin, daß die Schuldeputation angewiesen werden solle, Vorkehrungen zu treffen, durch welche ermöglicht wird, den Gemeindegemeinschaften während der Sommerferien unter Führung und Aufsicht von Lehrkräften Erholung im Freien durch Jugendspiele auf den Schulhöfen, in den städtischen Parks und in der Umgegend zu verschaffen. Welche Vorbereitungen sind in dieser Richtung getroffen, und wird mit der Einrichtung schon in diesen großen Ferien begonnen werden können?

Oberbürgermeister Kirchner: Ich erinnere mich, daß in der Schuldeputation die Frage eingehend besprochen worden ist. Es ist bereits im vorigen Jahre versucht worden, die Schulhöfe für solche Spiele nutzbar zu machen, und bei einzelnen Schulen ist es auch möglich gewesen, derartige Spielplätze einzurichten. Diese haben indessen keinen großen Julauf und Anlauf gefunden. Der Versuch soll trotzdem im kommenden Sommer wiederholt werden. Im vorigen Jahre mußten die bezüglichen Einrichtungen mit einer gewissen Schlemmigkeit getroffen werden, weil die verfügbare Zeit nur sehr gering war, auch die Lehrer und Lehrerinnen für die Leitung nur in geringer Zahl sich geneigt zeigten, da sie wohl meist schon über ihre Sommerferien schon disponiert hatten. Es mögen immerhin bessere Ergebnisse eintreten, wenn die Sache von längerer Hand vorbereitet wird.

Stadtv. Singer: Ich wünsche mit dem Oberbürgermeister, daß diese Einrichtung in diesem Sommer in vergrößertem Maßstabe gepflegt wird. Der Versammlungsbeschluß wollte aber darüber hinaus den Versuch gemacht wissen, den Tausenden von Kindern, denen ihre Eltern Erholung in den Ferien nicht zu verschaffen in der Lage sind, einigermaßen dadurch Erfolg zu gewähren, daß neben den Spielen Ausflüge in die Umgegend, in die städtischen Parks usw. veranstaltet werden. Es war dabei auch die Rücksicht maßgebend, die Kinder möglichst von der Straße wegzunehmen, angesichts der Gefahren, welche der Verkehr, besonders aber die Große Straßenbahn für sie heraufbeschwört. Öffentlich nehmen Magistrat und Schuldeputation auch auf diese Momente Rücksicht und machen uns schon bei der Staatsberatung Specialvorschläge.

Die Nachweisungen werden darauf zur Kenntnis genommen.

Die Vorlage betr. die Neuordnung der rechtlichen Stellung und der

Befolgungsverhältnisse

der bei den städtischen Betriebsverwaltungen (Gas- und Wasserwerke, Markthallen, Konalisation und Kleinfelder, Viehmarkt, Fleischschau, Desinfektionsanstalt, Märktisches Provinzialmuseum, Park- und Gartenverwaltung) beschäftigten Beamten wollen die Stadtv. Dr. Preuß und Wallach einem besonderen Ausschusse von 15 Mitgliedern überweisen. Auf die Frage, wie es um das die städtischen Beamten im engeren Sinn betreffende Ortsstatut stehe, erklärt

Oberbürgermeister Kirchner, daß derselbe vom Oberpräsidenten allerdings in einigen Punkten beanstandet sei, daß der Magistrat dagegen beim Minister des Innern Beschwerde geführt habe, daß bei einer Konferenz der Minister den größten Teil der Beanstandungen fallen gelassen habe, ein offizieller Bescheid aber noch nicht ergangen sei.

Die Vorlage geht an den beantragten Ausschuss.

Um 6 1/2 Uhr findet eine gemeinsame

Sitzung beider städtischer Behörden

unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner statt behufs der Wahl 1. eines Mitglieds und eines Stellvertreters des Steuer-Ausschusses der Gewerbesteuerklasse I für den Veranlagungsbezirk Berlin zum Zweck der Veranlagung der Warenhaussteuer für 1901, 2. von 30 Mitgliedern und 18 Stellvertretern für die Einkommensteuer-Veranlagungskommission. Ad 1 werden Stadtv. Damborg und Herr Louis Thiele, Adlersstr. 6, gewählt. Ad 2 kommt die von einer besonderen gemischten Deputation vereinbarte Vorschlagsliste auf Antrag Khlmann glatt zur Annahme.

Die Vorlage wegen anderweiter Regelung der Anstellungsverhältnisse der Reichslehrerinnen an den städtischen höheren Mädchenschulen geht auf Antrag Schwalbe an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern.

Vom Stadtv. Frisch (R. L.) liegt der Antrag vor, folgende Anfrage an den Magistrat zu richten: Ist dem Magistrat bekannt, daß

die Grundeigentums-Deputation den größten Teil des öffentlichen jogen. Marktplatzes an der Prinzenallee zu einem Kohlenplatz verpachtet hat, und welche Maßregeln gedankt er zu ergreifen, um den Vertrag wieder rückgängig zu machen, damit der Platz dem öffentlichen Verkehr wieder zugänglich gemacht wird?

Nachdem der Interpellant den Sachverhalt vorgetragen und das Verfahren der Deputation als eine Vergeßlichkeit des Gesundheitsbundes bezeichnet hat, schießt

Stadtv. Frisch (Soz.) aus, daß die Deputation das Grundstück vom Magistrat zur Verwertung überweisen erhalten und nur ihre Pflicht gethan habe. Wenn dieser Teil der Christianiastraße reguliert sei, werde auch der Pachtvertrag rückgängig zu machen sein.

Stadtv. Hing (Soz.): Die Verpachtung dieses Platzes zeugt von einer unerhörten Rücksichtslosigkeit gegen den Gesundheitsbundesbundes. Alle anderen früheren Marktplätze sind in Schmutzplätze verwandelt worden, so der Dönhoff-, Alexander-, Oranienplatz. Für den Gesundheitsbundesbundes hält man aber einen Kohlenplatz für gut genug, und raubt den Bewohnern dort Luft und Licht. Mit dem Kohlenplatz sind auch vier Straßenlaternen eingezäunt worden, die bisher der öffentlichen Beleuchtung dienten. Der Platz hat 10 000 qm und liegt in nordlicher Finsternis da; der Mond ist der einzige, der dort sein Licht leuchten läßt, vielleicht neben der Weisheit des Magistrats (Heiterkeit). Die Verpachtung hat stattgefunden, gerade als uns der Magistrat eine Vorlage wegen weiterer Regulierung der Christianiastraße machte. Die Straße ist doch auch zwischen Schweden- und Koloniestraße bereits reguliert; der Herr Stadtrat scheint davon nichts zu wissen. Zur selben Zeit, wo wir daran denken, 2 Gemeindegemeinschaften nach der Christianiastraße überzuführen, 2000 Kinder, die alle diesen Platz passieren müssen, weisen wir sie auf eine ganze 3 Meter breite Passage an; verschiedene Winkel dort dienen als Abfallplätze für allerlei Unrat und als Aufenthalt für allerlei Gesindel. Das Verhalten des Magistrats ist aber auch eine Rücksichtslosigkeit gegen die Versammlung, denn wir haben erst im November eine Resolution beschlossen, dem Aufschub der Christianiastraße zwischen Prinzen- und Brizenerstraße. Jetzt sind 7000 Quadratmeter für 600 R. jährlich an den Kohlenhändler Haller verpachtet. Es ist der Stadt unwürdig, für diese elenden 600 R. den Bewohnern Luft und Licht, den Kindern den Spielplatz zu nehmen. Der Vertrag muß sofort aufgehoben und die Christianiastraße so schnell wie möglich erschlossen werden. (Beifall.)

Stadtv. Fink (R. L.): Der Syndikus hat selbst zugeben müssen, daß der Platz lange Jahre als Marktplatz und auch nachher als Spielplatz lange Jahre benutzt worden ist, bis es der Deputation einfiel, ihn für ein Butterbrot zu vermieten. Aber ich entnehme der Darlegung des Stadtrats auch, daß die Regulierung der Straße bis 1902 abgeschlossen sein wird und dann auch der Vertrag rückgängig gemacht ist.

Stadtv. Wallach (R. L.) sucht die Grundeigentums-Deputation in Schutz zu nehmen. Straßenland sei noch nie zu Schmutzplätzen eingerichtet worden. Wenn die vier Laternen miteingezäunt seien, so könnten sie wenigstens nicht ungerissen werden.

Aus der weiteren Debatte, an der sich noch die Stadtv. Kuth (R. L.), Rosenow (R. L.) und Hing beteiligten, geht ein Antrag Hing hervor, den Pachtvertrag sofort aufzuheben. Zu Gunsten dieses Antrags zieht Stadtv. Frisch seinen Antrag zurück.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Hing abgelehnt.

Zur Vorlage wegen der Teilung des 167. Gemeinderats verlangt

Stadtv. Stadthagen, daß der Magistrat endlich organische Vorschläge zur Verbesserung der Verhältnisse in der Waisenpflege mache, insbesondere hinsichtlich der Durchführung der durch das Bürgerliche Gesetzbuch gegebenen Gleichberechtigung des weiblichen Elements, auch bei den Abstimmlingen in den Waisenräten. Ebenso seien von der Verwaltung noch keine Maßregeln zur Verminderung der Säuglings-Sterblichkeitsziffer in der Waisenpflege getroffen.

Bürgermeister Brinkmann befreit, daß die Frauen in der Waisenpflege bereits vollständig gleichberechtigt seien. Das preussische Einführungs-gesetz spreche in Bezug auf Waisenräte ausdrücklich nur von „Männern“ und darunter seien nur Männer verstanden.

Langerhans glaubt zwar gleichfalls, daß dem Magistrat gegenüber zu Vorwürfen kein Anlaß vorliege, meint aber doch, daß dem Magistrat der Rat gegeben werden dürfe, anzuordnen, daß den Waisenpflegerinnen in den Waisenräten ein Stimmrecht gegeben werde, und bittet die anwesenden Herren vom Magistrat dringend, diesem Rat gütigstes Ohr zu schenken.

Stadtv. Stadthagen bleibt dabei, daß zur Verhinderung bezw. zur Abmilderung der Säuglings-Sterblichkeit mehr seitens des Magistrats geschehen könne. Im Gegensatz zu dem Bürgermeister hält er ferner daran fest, daß auch das preussische Einführungs-gesetz durchaus zulasse, den Frauen ein Stimmrecht im Waisenrat zu gewähren. Daß dieses geschehe, sei ein dringendes Erfordernis.

Damit schließt die Debatte.

Die Vorlage gelangt nunmehr zur Annahme.

Zur

Verteilung einer Festschrift über die 200 Jahre preussischer Geschichte

zum 18. Januar 1901 an die Schulkinder in den ersten Klassen der Gemeindegemeinschaften werden 5000 R. verlangt.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Wir stehen auf dem Standpunkt: Nicht einen Penny für dynastische Zwecke, am allerwenigsten zur Verherrlichung von Dingen, die nach unserer Meinung sehr wenig herrlich sind. Die Kinder, welche diese Schrift bekommen werden, dürfen von den Eltern schon die nötigen Kommentare geliefert erhalten. Es ist doch noch gar nicht lange her, daß die Partei, die hier die meisten Anhänger hat, ganz anders über die Thaten der Hohenzollern geurteilt hat. Vor einigen 50 Jahren sind aus dieser Partei Schriften erschienen, aus denen eine Väterlese Sie sehr in Verlegenheit bringen würde. Es handelt sich in der Festschrift, die wir begabten sollen, um die Verherrlichung der Thaten der Hohenzollern. Viele dieser Thaten lassen sich doch gar nicht verherrlichen. Der Entwicklungsgang Ihrer Partei von der schwarz-weiß-roten Kofarbe (der Redner vertritt sich mehrmals bei diesem Wort, was laut Heiterkeit hervorruft) — es werden sich ja schon Leute hier versprochen haben, die schlauer sind als ich (Heiterkeit), und vergessen Sie nicht, daß ich ein Sohn Ihrer Gemeindegemeinschaft bin, der Sie mit Ihrem Loos das schlechteste Zeugnis ausstellen (Sehr gut!) — bis zu den Wadelstrümpfen ist ein solcher, daß selbst ein Darwin über die Mittelglieder in Verlegenheit geraten müßte. Manche glaubten, daß nach dem Wirbelschichten Zugtritt die Zeit der Festschriften dieser Art vorüber wäre; aber nein, es lebt Leute, die selbst den Stiefel lassen, der sie tritt. Die Schrift ist eine Verbeugung nach oben, die mitzumachen wir keine Veranlassung und keinen Beruf haben. Nun sollen wir zudem 5000 R. bewilligen für etwas, was wir gar nicht kennen, was uns nicht vorgelegt ist; das ist doch eine starke Zumutung (Zurufe) — ich habe vergebens nach einem Exemplar gesucht. Der Magistrat hat es ausgewählt und sagt sogar davon, daß es die hervorragenden Thaten der Könige und die Kulturbewegung des Volkes gleichmäßig erkennen läßt; aber kann Ihnen das genügen? Sie müssen doch selbst erst prüfen. Und kann es ja egal sein, was darin steht, wir sind prinzipiell gegen jede Phantasie; aber von dem Inhalt möchte man doch Kenntnis haben. Die Schrift ist im „Kladderadatsch“-Verlag erschienen; ist sie auch im „Kladderadatsch“-Stil gehalten? (Unruhe und Heiterkeit.) Prüfen Sie den Inhalt nicht, sind Sie bloße Jäger, so wird das genügen, den Wählern zu zeigen, wie Sie heute den Rämmerstolz vor Königs-thronen versehen. (Unruhe.) — Ich habe im ganzen nur 3 1/2 Jahre in 7 Volksschulen zubringen müssen, wenn ich da so wenig gelernt habe, dann ist es die Schuld der Verhältnisse gewesen.

Stadtv. Romm (fr. Wg.): Wir halten es für unsere Pflicht, auch in der Gemeindegemeinschaft dafür zu sorgen, daß die historischen Vorgänge objektiv veranschaulicht werden — allerdings nicht im Sinne der Sozialdemokratie. Ich habe die Schrift nicht gelesen und stimme doch dafür, denn ich kenne den Verfasser, einen unserer besten Schulkinderlehrer.

Stadtv. Stadthagen: Wir sind der selbstverständlichen Ansicht, daß der Geschichtsunterricht wahrheitsgemäß erteilt werden muß. Geschieht das, dann brauchen die

Kinder nicht noch extra belehrt zu werden (Große Heiterkeit): oder aber auch Herr Kommissar sieht in dem bisherigen Geschichtsunterricht eine Lücke. Wir verlangen darin nur Wahrheit, aber un-
erhältliche Wahrheit. Daß man den Kindern gerade an irgend einem
Fest- oder Unfesttag eine Schrift in die Hände giebt, die mit einem
Male zweihundert Jahre zurückhau, halte ich für unrichtig.
Hat man die Belehrung vorher unterlassen, dann ge-
nügen diese 5000 Worte nicht; hat sich Herr Kommissar aber
geirrt, so sind sie überflüssig. Von den wenigen ausgelegten Gegen-
ständen habe ich keine Erläuterungen können, ich bin also zum Eingehen
auf die Schrift außer Stande. Daß die Schule den Unter-
richt ganz anders anpacken muß, zeigt ja gerade das Beispiel
Hoffmanns. Wahrheitsstreue und Byzantinismus sind unvereinbar.
Weshalb das Buch die großen, ungeheuren, menschlichen und
sittlichen Verfehlungen, die die Inhaber des Thrones in den
200 Jahren ausgeübt haben? Solches führt zur Unwahrhaftigkeit.
Ich bitte Sie dringend, die 5000 W. Byzantinismus abzulehnen.

Oberbürgermeister Kirchner: So lange gebildete und civilisierte
Völker existieren, pflegen sie die Gedentage großer historischer Er-
eignisse zu feiern. (Sehr richtig.) Wer nicht anerkennt, daß die Grün-
dung des preussischen Königreichs ein solcher Gedentag für das
preussische und deutsche Volk ist, dessen geschichtliche Auffassung muß
durch fern abliegende Dinge getrübt sein. (Sehr wahr!) Wir
empfinden die Gründung aus unserer preussischen und deutschen Ge-
sinnung heraus als einen Gedentag und Ehrenfest des Volks und haben
uns deshalb für verpflichtet erachtet, ihn angemessen und würdig
zu feiern! Keine würdigere Feier, als wenn man dem heran-
wachsenden Geschlecht die Bedeutung eines solchen Ehrenfestes objektiv
vorführt. Die Schrift giebt eine objektive Darstellung; woraus
hergeleitet wird, daß in derselben Schattenseiten bemängelt werden,
weil ich nicht; ich widerpreche solchen Verdächtigungen ganz
entschieden. Der allgemeine Geschichtsunterricht in den Schulen braucht
deshalb nicht minder objektiv zu sein. Wenn die Rede des
ersten Vortrags Männerstolz vor Königsthronen sein sollte, so ist
das Geschichtsbuch.

Stadt. Vorkamm. (Soc.): Die Denkschrift gelegentlich der
Hundertjahrfeier ist uns seiner Zeit allen unterbreitet worden, diesmal hat
man davon auffälligerweise Abstand genommen. Wir sollen doch die
Festschrift bedenken, da müssen wir doch von ihr Kenntnis haben. Im
Staatsausdruck hat man mir einmal gesagt, als ich darüber
klagte, daß in den Gemeindefürsorge ein eigentlicher Geschichts-
unterricht überhaupt nicht erteilt wird, Herr Fall habe
es so angeordnet und in den höheren Schulen habe es nicht besser
daraus. (Der Vorkamm. bittet, nicht weiter abzuschweifen.) Die
Wahrheit der preussischen Geschichte, die wollen Sie ja gar nicht
geben. (Lebhafte Lurche; der Vorkamm. verweist dem Redner
solche unbedeutenden Insinuationen.)

Stadt. Schwalbe (A. L.): Es ist ja ein wunder Punkt, daß
wie die Schrift nicht erhalten haben. Ich habe sie ge-
lesen und bestätige, was die Vorlage von ihr sagt. Wer
will bestreiten, daß Preußen groß geworden ist durch
die Hohenzollern? (Jurist.) Solche Ausdrücke und Reden
wie vorher, die unsre Versammlung nach außen in einem falschen
Licht erscheinen lassen müssen (Zustimmung und Widerspruch), kann
ich nur höchlich mißbilligen.

Stadt. Stadthagen: Der Oberbürgermeister irrt, wenn er
meint, ich hätte ein Wort über die Schrift gesagt; ich habe also
auch kein Wort der Verdächtigung gesagt, und dieser Ausdruck fiele
eventuell auf ihn zurück. Gegen die Art, wie er und
Herr Schwalbe die Geschichte auffassen, muß ich nochmals protestieren.
Nicht der Einzelne macht die Geschichte und nicht der Herrscher,
sondern die gesamte Menschheit mit ihrem Ringen nach Freiheit und
Gleichheit; der Mann auf dem Thron kann wenig dazu
thun, aber viel daran hindern. Nicht nur meine Freunde,
sondern der übergroße Teil des deutschen Volks steht auf dem den
beiden Herren ganz entgegengegesetzten, der Wahrheit näher kommenden
Standpunkt. So weit Hohenzollern thätig gewesen
sind — ich spreche natürlich nicht von den
Lebenden — haben sie nichts gethan, was der Kultur-
bewegung oder der Größe Preußens oder Deutsch-
lands dienlich gewesen wäre. (Stürmische Unterbrechung
und anhaltender Lärm; der Vorkamm. erteilt dem Redner einen
Ordnungsruf.) Wenn ich nicht soll sagen dürfen, von der
Behauptung Schwalbes ist das Gegenteil wahr, so hätten
wir hier keine Redefreiheit. (Der Vorkamm. hält eine
solche Ausdrucksweise für eine Beschimpfung Schwalbes.) Wenn
die Bewegung von 1813—1815 in dem Buche erwähnt ist,
wie verfehlt wird, ist schon der Bewegung nach 1815
gedacht, ist erwähnt, daß ein preussischer König, wie der
jetzt von Pöschinger veröffentlichte Brief Friedrich Wilhelm IV.
beweist, die Stiebertrei und Biederei, das Erdichten von Verbrechen
von Pöschinger begünstigt und anbefohlen habe? Mit
jenem Briefe ist bewiesen, daß der kommunistische Prozeß, der
Ladenberg-Prozeß, auf Wunsch und Befehl des damaligen Königs
von der Polizei angezettelt worden sind, die Korruption der Polizei
veranlaßt ist durch den damaligen König. Steht das in der Schrift?
(Stürmische Heiterkeit und andauernder Lärm, der die Worte des
Redners vielfach überdeckt und erdrückt.)

Steht in der Schrift von der Demagogiehererei, die die Könige
mit Wohlgefallen gesehen haben. Steht der Verfassung-
bruch nach 1848 darin? (Der Vorkamm. unterfragt auf
den Redner, in dieser Weise forszufahren, das sei schon mit Rücksicht auf
die beengte Stellung der Versammlung zu politischen Diskussionen un-
statthaft, aber er erlaube auch nicht, daß in solchen Wendungen über die
Königshäuser hier gesprochen werde. Der Redner sollte sich möglich
oder ihm werde das Wort entzogen.) Ich habe mit peinlichster Ge-
wissenhaftigkeit vermerkt, ein Urteil abzugeben, aber nach der
Gerauforderung durch Herrn Schwalbe kann man mir nicht
abelnehmen, wenn ich an einige Glanzpunkte erinnere. Es
darf in dem Buche nicht stehen, alles Gute kommt von
Hohenzollern, sondern es muß Licht und Schatten gleich
verteilt sein. Und wo bleibt die Zurückdämmung der
Kulturbewegung? (Übermäßige Unterbrechung durch die Glöde
des Vorkamm., der die Fortsetzung weiterer politischer
Anführungen mit der Tendenz, dem Königshause nach-
teiliges zu sagen, verbietet. Jurist, gegen die Redner
ihn in seiner Redefreiheit zu schützen bittet. — Vorkamm.: Sie
haben genug Redefreiheit! — Redner: Nein! — Vor-
kamm.: Mehr kriegen Sie nicht! Die stürmische Er-
regung der Versammlung dauert an.) Redner schließt mit
einem Satz, der auf der Tribüne nicht verstanden wird,
aber dem Redner einen zweiten Ordnungsruf einträgt.

Stadt. Carl Goldschmidt (A. L.) beantragt, die Angelegenheit
am 8 Tage zu vertagen.

Dieser Antrag wird abgelehnt und die Vorlage gegen die
Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Nach Erledigung einiger weiterer Gegenstände schließt die Sitzung
um 4/10 Uhr.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Holzarbeiter! In einer Anzahl Werkstätten sind
Kollegen wegen Verweigerung der Unterschrift der ihnen vorgelegten,
gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstößenden Arbeitsordnungen
entlassen worden. Wir ersuchen nun alle Kollegen, die Arbeit suchen,
bevor sie Arbeit annehmen, auf dem Bureau des Verbands, Engel-
hofer 15, anzufahren, ob der Meister, bei dem sie Arbeit nehmen
wollen, Kollegen wegen Verweigerung der Unterschrift entlassen hat.
Solche Werkstätten sind bis zur Entscheidung durch das Einigungsamt
streng zu meiden. Die Ortsverwaltung.

Holzbearbeitungsmaschinen - Arbeiter! Wegen der Ver-
weigerung der Unterschrift des „Kontrollbuchs“ der Tischler-
innung sind die Maschinenarbeiter von Aug. Warschauerstr. 13, in
den Streik getreten. Dergleichen ist die Tischlerei von Helmich

Bergstr. 36—37, gesperrt. Alle Differenzen sind sofort in den Vor-
mittagsstunden von 9—1 Uhr im Arbeitsnachweis, Kleine Andreas-
straße 15, zu melden.

Tapezierer! Der Streik der Kollegen bei der Firma Birn-
baum, Fliederstr. 4, ist beendet. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ist ernst be-
müht, die Arbeiterschaft zu knebeln; die Mittel dazu sollen vor allem
sein die Streiklausel und das Arbeitsbuch. Mit der generellen
Einführung der Streiklausel bei öffentlichen Bauten haben die Herren
um Jelsch bisher allerdings noch wenig Glück gehabt, sie bohren
insofern weiter. Mittlerweile versuchen sie in einigen Städten so-
genannte Arbeitsvertragsbücher oder Entlassungsscheine zur Ein-
führung zu bringen, die sich natürlich zu geheimen Führungsstatuten
und schwarzen Listen herausbilden lassen. In Nr. 2 der „Beröffent-
lichungen“ des Arbeitgeberbunds wird die Einführung eines in Augsburg
üblichen Entlassungsscheins auf das angelegentlichste empfohlen. Des
weiteren wird den Bauherren nahegelegt, die Gesetze, die zu Gunsten der
Arbeiter erlassen sind, illusorisch zu machen. Der Vorstand empfiehlt
den Meistern, in alle Arbeitsverträge den Passus aufzunehmen: „Es
wird ausdrücklich vereinbart, daß § 616 des Bürgerlichen Geset-
zbuchs, der von der Entlohnung bei unverschuldeter Arbeitsminderung
handelt, auf gegenwärtiges Dienstverhältnis keine Anwendung
finde.“ Dieser Vertrag ist von jedem einzelnen Arbeiter zu unter-
schreiben.

So schlagen die Herren Unternehmer dem Gesetz ein Schnippchen,
wenn es ihnen einmal unbequem ist. Es wird nötig sein, daß dieser
Gesetzes-Verhöhnung durch eine weitere Maßnahme ein Riegel vor-
geschoben wird.

Vom Polizeikampf gegen die Gewerkschaften. Die
Apenrader Polizei erklärte vor kurzem das dortige Gewerkschafts-
lokal für politisch und gestattete ihm nicht die Abhaltung eines
Vergnügens mit Damen. Jetzt verbot man auch der Apenrader
Zahlstelle des Verbands der Deutschen Buch-
drucker, einer durchaus politisch neutralen Gewerkschaft, die Ab-
haltung einer Silvesterfeier. Der Apenrader Zweigverein des ge-
nannten Verbands sei ein politischer Verein, an dessen Veranstaltung
Frauen und Minderjährige nicht teil nehmen dürften. Gegen diese
polizeiliche Maßnahme ist gerichtliche Entscheidung beantragt.

Ausland.

Die Provozierung von Streiks durch die Unternehmer
ist bekanntlich durchaus nichts Seltenes. Sie suchen den Kampf
herbeizuführen, sei es, um die Organisation der Arbeiter zu ver-
nichten oder doch zu schwächen, sei es, um auf diese Weise die
Preise der Produkte in die Höhe zu treiben; in der Regel suchen sie
damit beides zu erreichen. So scheinen jetzt die böhmischen Gruben-
barone auf einen Streik hinzuwirken. Die Vergleiche thun ihnen
jedoch den Gefallen nicht. Am 26. Dezember wurde in Turn eine
Konferenz des Verbands der Bergarbeiter abgehalten. Auf Grund
der Berichte der Delegierten wurde eine Reso-
lution gefaßt, in welcher es heißt, daß die Vergleiche an der
Forderung des Kaisertags festhalten, daß sie aber
zunächst ihre Organisation ausbauen, die Streiklisten füllen müssen,
ehe sie zu einer Zeit, die ihnen am günstigsten erscheine, den
Kampf von neuem aufnehmen würden. — Die Unternehmer schären
trotzdem weiter, die bürgerliche Presse meldete bereits von dem
bevorstehenden Ausbruch des Kampfs am 8. Januar.

Einige Vorgesetzten haben sich, wie es scheint, trotz des obigen
Beschlusses zur Annahme des Streiks hinreichend lassen. Ein offizielles
Telegramm aus Prag vom 2. Januar (bereits im Depeschenteil ver-
öffentlicht) befaßt: „Wohin die Vorgesetzten in den Schächten des
Stäger, Duxer und Oberleutendorfer Reviers heute die Arbeit vor-
zeitig teilweise oder ganz eingestellt. Ueber einzelne Schachtarbeiter
wurden deshalb Disziplinarstrafen verhängt. Ein Arbeiter wurde
wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit verhaftet und in das Kreisgericht
eingeliefert.“

Sociales.

Aus New York wird uns unterm 18. Dezember geschrieben:
Gleich nach der Präsidentenwahl im Jahre 1896, bei der nach
vorhergegangener demokratischer Bundesherrschaft (unter welcher die
schwere Krise von 1893 fiel) die republikanische Partei den Sieg
davontrug, erfolgten an allen Ecken und Enden Lohnreduktionen,
Beschränkung der Produktion in einer Reihe Industriezweigen und
gänzliche Schließung von Fabriken in manchen derselben. Der
gleiche Prozeß wiederholt sich jetzt, indem gleich nach den Wahlen
zahlreiche Vorgänge jener Art gemeldet wurden. Es kommt
dabei in erster Linie die Eisen- und Stahlindustrie in Betracht, und
da aus derselben andererseits Meldungen über geplante oder schon in
Ausführung begriffene großartige neue Anlagen erfolgten, so ist anzuneh-
men, daß sich die Schließung von Werken in dieser Industrie —
wie es auch schon 1896 der Fall war — auf den
Ankauf derselben durch die diversen Riesen-Korporationen
zurückzuführen läßt. In den von diesen Korporationen vor-
her geeigneten Werken sind verbesserte Maschinen oder neue
Produktionsprozesse eingeführt worden, welche eine große Anzahl
„Hände“ überflüssig gemacht und es ermöglicht haben, mit einer
geringeren Anzahl Arbeitskräfte mehr Produkte auf den Markt zu
bringen, wie vorher unter Einfluß der unabhängigen Fabrikanten resp.
Gesellschaften geliefert wurden. Mit jener Produktions-Verzinsung
hat in der Eisen- und Stahlindustrie beinahe vor einem guten
Jahrzehnt die Carnegie Comp. den Anfang gemacht, womit auf
einen Schlag die qualifizierten Arbeiter (Buddler etc.) von ihrem
hohen Lohnniveau herabgedrückt wurden. Derselben verdienten bei
dem alten Produktionsverfahren wöchentlich 100 Doll. und darüber,
heute ist der Durchschnittslohn von 15—20 Doll. Die Carnegie Comp.
war es auch, welche vor ca. 8 Jahren das Verfahren einführte, Stahl direkt
aus flüssigem Hochofen zu gießen, statt aus den von weit entfernten
Schmelzereien bezogenen Eisenbarren. Kernerding hat die Gesellschaft
eine Brücke über den Monongahela-Fluß bauen lassen, lediglich zu dem
Zweck, das flüssige Eisen aus ihrer eine — englische — Meile ent-
fernten Schmelzerei nach den Stahlwerken in Homestead zu schaffen,
während daselbe vorher einen Weg von vier Meilen zu machen hatte.
Jenes Verfahren wird jetzt in allen großen Stahlwerken eingeführt,
wodurch wiederum eine große Anzahl Arbeiter „überflüssig“ wird,
während für die übrigen Lohnreduktionen stattgefunden haben oder in
Anschlag stehen. So ist den Arbeitern der Eisen- und Stahl- sowie Draht-
industrie am Hauptort derselben, Pittsburg, Allegheny City Pa.
(mit den der Carnegie- und sonstigen Gesellschaften gehörenden
Orten Homestead, Mc Keesport, Duquesne, Braddock usw.) zum
1. Januar eine solche Reduktion angekündigt worden unter der
Motivierung, daß die Einführung neuer und Verbesserung alter
Maschinen, sowie Anwendung besserer Produktionsverfahren eine
Vermehrung der Produktion herbeiführt hätten, an der die
Arbeiter durch Weiterzahlung der bisherigen Löhne zu Unrecht
partizipierten!

Versammlungen.

Die Kammer nahm in einer gut besuchten Versammlung
am 30. Dezember v. J. den Bericht der Lohnkommission über die
Antwort der Innungen in Berlin und Steglitz entgegen. Danach
hat die Berliner Innung sich nicht veranlaßt gefühlt, bis jetzt der
Kommission irgend welche Antwort auf den eingereichten Lohnantrag
zugeben zu lassen, während die Steglitzer Innung sich zu Ver-
handlungen in den ersten Tagen des Monats Januar bereit erklärt
hat. Die Diskussion war eine lebhafte und wurde beschlossen, der
Lohnkommission freie Hand zu lassen, eventuell bei günstigen
Arbeitsverhältnissen im Sommer die ursprünglichen Forderungen
wieder geltend zu machen. Bezüglich des Ausfalls bei der Firma
H. Hein wurde getabelt, daß die Kollegen sich nicht mit der Lohn-
kommission in Verbindung gesetzt hatten, bevor sie die Arbeit nieder-
legten. Aus dem Grunde wurde die weitere Unterstützung abgelehnt.
Demgemäß soll auch in Zukunft verfahren werden.

Der Verein der Tischler (Vertrauensmänner - Centralisation)
hielt am 30. Dezember v. J. bei Thiel, Fuchstr. 36a, eine Mit-
gliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand das in letzter
Zeit oft besprochene Thema: Das Kundendreiben der Tischler-
Innungsinnung betreffs Einführung der Kontrollbücher und schwarze
Listen. Diederich kam an der Hand des Circulars, welches auf
Wunsch verlesen wurde, eingehend auf die einzelnen Punkte zu
sprechen und geistelte die Maximationen, wie sie die Unternehmer
plänen. Die hierauf folgende Diskussion war eine recht lebhafte.
Kollege Kessler ist für strikte Ablehnung der Unterschrift ohne
jede Bedenkzeit. Die folgenden Redner, darunter auch ein
Teil der dem Holzarbeiter-Verband angehörenden Kollegen, sprachen
samtlich gegen die Unterschrift, auch wenn wir unterliegen sollten.
Folgender Antrag gelangte einstimmig zur Annahme:
Die Versammlung beschließt, das Ansuchen der Meister zurück-
zuweisen und die Unterschrift strikte zu verweigern.
Dem Wunsch einiger Kollegen nachkommend, soll in nächster
Zeit in Friedrichsberg eine Zahlstelle errichtet werden.

China.

Der Kriegslorbeer müde Waldersee.

Feldmarschall Graf Waldersee hat seiner Gemahlin am Neujahr-
tage ein Telegramm geschickt, dessen Wortlaut die „Köln. Zeitung“
wie folgt mitteilt: „Endlich Aussicht auf Frieden.
Hurra!“

Während Graf Waldersee dergestalt den bevorstehenden Frieden
signalisiert, schreiten die

Friedensverhandlungen

dank der diplomatischen Gründlichkeit nur langsam fort. So meldet
ein zuweilen offiziös bedientes Berliner Blatt:

Die definitiven Friedensverhandlungen in
Peking werden, wie wir aus bester Quelle mitteilen können, erst
beginnen, nachdem ebenso wie die Note der Mächte auch die
Antwort der chinesischen Regierung, daß sie die
Präliminarien annimmt, eine völkerrechtliche
Form erhalten hat. — Daran wird augenblicklich gearbeitet.

Russische Operationen in der Mandchurei.

Nach dem russischen Generalstabbericht wurde Ende November
und Anfang Dezember die Säuberung der Mandchurei von Banden und
flüchtigen chinesischen Soldaten fortgesetzt. General Fod marschierte von
Kuanlai nach Tschapi-Tschou, von wo aus er seine Reconnoissirungen
über Tsinquin bis Ardabiau weiter fortsetzte, ohne auf den Feind zu
stoßen. Deshalb kehrte der General am 21. Dezember nach Kirin
zurück. Nach den eingegangenen Berichten wanderten sich die Ueber-
reste der von General Skulbars geschlagenen größeren Haufen
chinesischer Soldaten, in kleinere Trupps verteilt, gegen Kintuta.
Mit der Rückkehr des Generals Fod ist die Expedition nach den
Quellen des Sungari als beendet anzusehen, da zwei größere
Banden, welche einige tausend Mann zählten, auseinander getrieben
wurden, so daß jetzt in dem Dreieck Kirin-Tschundshu-Tschapitschou
kein ernstlicher Widerstand mehr geleistet wird. Das Erscheinen
russischer Truppen in diesen gebirgigen Schichten und Einden der
Mandchurei machte auf die chinesischen Soldaten starken Eindruck;
dieselben lehnen zu ihren Arbeiten zurück.

Die Expedition des Generals Bailoud.

der nach Schingingju abgegangen war, um dem dort von regulären
chinesischen Truppen bedrohten Obersten Guillet zu Hilfe zu kommen,
ist jetzt beendet. Die Chinesen haben ohne Kampf die Flucht er-
griffen.

Explosion eines deutschen Geschüts.

Nach einer in London eingetroffenen Meldung aus Tientsin soll
bei dem Salutchießen am Neujahrstage in Peitang ein Geschütz
explodiert sein, wobei fünf Deutsche auf der Stelle getötet und
vierzehn verwundet worden seien, von diesen fünf
tödtlich. An Berliner amtlichen Stellen ist von einem solchen Un-
glücksfall nichts bekannt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Wahlen zum österreichischen Reichsrat.

Wien, 3. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die heutigen
Wahlen zeigen einen ganz verschiedenen Charakter in Böhmen und
in allen andern Ländern. In Böhmen hat die Socialdemokratie eine
schwere Niederlage erlitten. Von den sieben Mandaten, die wir be-
sahen, haben wir sechs verloren. Gewählt wurde nur Hamisch in Reichen-
berg. Olmütz ist gleichfalls verloren gegangen, Schönberg dagegen be-
hauptet worden. In Schlesien ist nicht nur das Teschener Mandat be-
hauptet, sondern auch das Troppauer neu gewonnen worden, so
daß eigentlich ganz Schlesien socialdemokratisch gewählt hat.
Von Brünn und Graz, wo direkt gewählt wird, ist das En-
dresultat noch nicht bekannt. Einen gewaltigen Erfolg haben wir in
Nieder-Oesterreich zu verzeichnen, einen Erfolg, der um so schwerer
wiegt, als er gegen den stärksten Gegner errungen wurde.

In Wien wurden Ellenbogen und Schummeier gewählt.
Aber kommt in die Stichwahl. In Wiener Neustadt hat
Bernstorfer gegen den christlich-socialen Landesausführer
glänzend gesiegt. Noch bedeutamer erscheint das ziffermäßige
Resultat. Die Christlich-socialen haben über 10000 Stimmen
verloren. Wir fast in allen Bezirken gewonnen, so daß wir ihnen
nun hart an den Leib gerückt sind. Die Christlich-socialen dürften einen
ländlichen Bezirk auch an die Deutsch-Rationalen verlieren, wo
ihr Hauptling Geymann in eine schlechte Stichwahl kommt. Ihr
Verlust ist von neun Mandaten vier. Außer selbst hat nur mit
zweitausend Stimmen Mehrheit über Neumann gesiegt. Große Er-
folge errangen die Deutsch-Rationalen. Sie gewannen in Böhmen
fünf Mandate.

Wien, den 3. Januar. (B. Z. B.) Bei den heutigen Wahlen
der allgemeinen Wählerklasse in Oberösterreich behauptete die katholische
Volkspartei die zu belegenden drei Mandate. In Salzburg unterlag
der Kandidat der katholischen Volkspartei gegen den Kandidaten
der deutschen Parteien. In Friaun wurde ein Italiens-liberaler
neugewählt. Bei den Wahlen in Schlesien unterlag in Troppau der
Schönerraner dem Kandidaten der Socialdemokraten. In Steiermark
wurde der Kandidat der Christlich-Socialen und der der Slowenisch-
Liberalen wieder, der Kandidat der katholischen Volkspartei neugewählt.
Das Ergebnis von Graz steht noch aus. In Goerz wurde der National-
konservative Slowene wiedergewählt. In den Städten der Bukowina
wurden zwei Deutschchristliche wiedergewählt, in den Städten
Kraains wurden ein Slowenisch-Christlich-Rationaler wieder- und zwei
Slowenisch-Liberale neu gewählt.

Vom Kriegsschauplatz in der Apkolonie.

Kapstadt, 3. Januar. (Telegramm des „Reuterischen Bureaus“.)
Die britischen Truppen haben Jagersfontein und Paureimlich ge-
räumt, um sich konzentrieren zu können. Die britischen Besatzer
beider Orte wurden nach dem englischen Lager bei der Ebenburg-
Road Station geschafft. Die Instruktion der Truppen von
so entlegenen Ortschaften nach einem Sammelpunkt jetzt die Be-
hörden in den Stand, sowohl mit ihren Streitkräften wie mit den
Transportmitteln sparsamer zuzugehen.

Kapstadt, 3. Januar. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.)
Eine Anzahl Risten mit der Aufschrift „Kondensierte Milch“, die nach
Statenburg adressiert waren, wurden in Proserburg Road mit Ver-
schlag belegt. Dieselben enthielten 3000 Patronen, 500 Pfund Dynamit
und 150 Pfund Dynamit.

London, 3. Januar. (B. Z. B.) Die Abendblätter veröffent-
lichen ein Telegramm aus Kapstadt vom heutigen Tage,
nach welchem 80 Meilen nördlich von Matjesfontein ein Gefecht im
Gange ist.

Barto Ferrajo, 3. Januar. (B. Z. B.) Heute sind nahezu
2000 Minen- und Fabrikarbeiter in den Ausstand getreten.

Ein politisches ABC-Buch.

„Die politische Unwissenheit der Menge ist unser größter Feind.“ — Mit der Leser, wo dieses schöne Wort zu finden ist? Wir bezweifeln es, und um kein unnützes Kopfzerbrechen zu veranlassen, sei es gleich verraten. Dieses Wort bildet das Motto zum politisch-socialen ABC-Buch des Centrums, das drei wadere Schwaben, die Herren Schriftsteller Sieber, Redacteur Erzberger und Pfarrer und Landtagsabgeordneter Schwarz im Jahre des Heils 1900 herausgegeben haben.

Man darf sich füglich wundern, ein solches Motto aus Centrumsmunde zu hören. Ist es doch männiglich bekannt, daß die ultramontane Partei ihren Einfluß nur der politischen Unbildung seiner Gefolgschaft verdankt. Wenn und wo das Centrum in der letzten Zeit durch mündliche und schriftliche Agitation manches gethan hat, so nur unter dem Zwange der Verhältnisse, weil es sich bedrängt fühlte, namentlich von der Socialdemokratie, gegen die sich ja die Hauptarbeit des Centrums richtet. Wo das Centrum seiner Bezirke sicher ist, da kümmert es sich den Teufel um seine Wähler. Es giebt sogar im „aufgeklärten“ Rheinland zahlreiche Wahlkreise, wo der Abgeordnete sich noch nie seinen Wählern von Angesicht zu Angesicht gezeigt hat. Der Kandidat wird von der Provinzial-Wahlleitung hinbeordert, vom Wahlkomitee beim Abendessen genehmigt — die Wähler aber sehen und hören ihren „Vertreter“ nicht; sie wählen ihn, weil es der Herr Pfarrer sagt, und wählen ihn wieder, so lange ihnen nicht ein anderer genannt wird. Es ist bezeichnend, daß das Centrum bis heute noch kein politisches oder socialpolitisches Programm aufzuweisen hat und daß es als letzte der Parteien daran geht, seinen Wählern ein politisches Handbuch zu schenken. Was lange währt, von dem erwartet man, daß es gut ist. Hier trifft das Gegenteil zu: von allen Partei-Handbüchern ist das ultramontane das weit-aus schlechteste.

Wie es in der von dem Schriftsteller Wisberts geschriebenen Vorrede heißt, wurde das Bedürfnis nach einem solchen Handbuch in Centrumskreisen schon lange empfunden. Auf der Katholikenversammlung in Dortmund hatte bereits „unser großer Erbe“ (wörtlich) darauf hingewiesen: man könne die Herausgabe eines solchen Buchs nicht freudig genug begrüßen. In einer Arbeiterversammlung, wo ein heftiges Redebuell zwischen einem Socialdemokraten und einem Mitgliede des katholischen Arbeitervereins stattfand, kam Herrn Schriftsteller Sieberts der Gedanke, „die schon lange zum Wohle des gesamten katholischen Volks gestellte Aufgabe zu lösen.“ Das Ergebnis seiner und seiner Mitarbeiter Bemühungen haben wir nunmehr in dem „Politischen ABC-Buch“ vor uns.

Es versteht sich, daß in einem politischen Handbuch die Verdienste der Partei, zu deren Nutzen es geschrieben ist, kräftig herausgestrichen werden. Das läßt sich mit Geschick, aber auch ohne Geschick machen. Hier trifft das letztere zu. Wir erfahren, daß das Centrum der einzig wahre Freund des Volks! und seiner sämtlichen Klassen, Stände und Berufe ist. Die Partei, so wird uns immer wieder versichert, vertritt mit demselben Eifer und Erfolg die Interessen der Industrie und der Landwirtschaft, der Handwerker, der Arbeiter, der Handelsangestellten usw. Man darf sich nur wundern über die Un-dankbarkeit der Leute, die das nicht einsehen wollen. Wenn es zuträfe, dürfte es eigentlich keine andre Partei außer dem Centrum geben. Leider aber sieht die Partei heute noch an Wählerzahl auf demselben Standpunkte wie im Jahre 1874, und im Verhältnis zur abgegebenen Stimmzahl ist sie von 28 Proz. auf 18 Proz. zurückgegangen!

Wir lernen aus dem ultramontanen Handbuch (Seite 456), „daß die Centripartei bei allen Fragen, die die Verteidigung des Vaterlands betreffen, stets nur das wahre Wohl des Volks im Auge hatte und verteidigte“. In Marinefragen (Seite 287) hat das Centrum „dem Vaterlande zum Schutz Wehr und Waffen bewilligt, deren es bedarf, dem Volke aber hat es keine neuen Steuerlasten auferlegt, die es erdrücken“. Und endlich in Steuerfragen bringt das Handbuch den Nachweis, „daß das Centrum stets für eine bessere Besteuerung der leistungsfähigen Kräfte und gegen jede Erhöhung der indirekten Steuern sich erklärte“. Auch in Steuerfragen hat sich also das Centrum glänzend bewährt als die Partei, die die Interessen des Volks am geschicktesten und besten zu vertreten weiß.

Das alles gilt, wohl gemerkt, nicht von einem Centrum im Monde, sondern vom leibhaftigen deutschen Centrum, dem wir das indirekte Steuersystem mit seiner ungeheuerlichen Belastung des arbeitenden Volks, dem wir damit den Militarismus, der auf diesem Steuersystem basiert, dem wir endlich den weltpolitischen Schwandel mit seinen Opfern an Gut und Blut, an politischem und moralischem Ansehen verdanken.

Dem Centrum gegenüber sind natürlich die übrigen Parteien, mit Ausnahme der jesuiterwandten Konfervativen, nichts als ohnmächtige Stümper und böswillige Volksfeinde. Das gilt namentlich von der Socialdemokratie, die nicht nur nichts für die Arbeiter gethan hat, sondern absichtlich auf ihr Elend hinarbeitet, da sie ja nur von der Verheerung und Erbitterung der Massen lebt; die das Handwerk und den Bauernstand zu Grunde richten, Religion und Familie vernichten will, um auf den Trümmern des allgemeinen Zusammenbruchs ihr blutiges Schreckenregiment zu errichten.

So lehren uns wenigstens in den verächtlichsten Artikeln die Herausgeber des ultramontanen Handbuchs. Was die Socialdemokratie für eine nichtswürdige Gesellschaft ist, das sehen wir am besten an ihren Führern. „Die internationale Socialdemokratie, so heißt es Seite 378, wurde gegründet von drei jüdischen Großkapitalisten: Ferdinand Lassalle, Karl Marx und Friedrich Engels“.

Großartig! Karl Marx, dem es so bitter schlecht ging — ein Großkapitalist, und Friedrich Engels — ein Jude! Und wie die Gründer, so ist auch „die jetzige Führerschaft der Socialdemokratie ganz verjudet“ (Seite 241). Und nicht nur das: „die eigentlichen Führer der Socialdemokratie sind sämtlich reiche Leute“. Liebnecht bezog und Auer besteht ein großartiges Gehalt, Stadthagen hat eine „fürstliche“ Wohnung, Bebel und Bollmar können sich die „herrlichste Villa“ leisten. (Seite 541.)

Bebel's Villa ist ein eigener Artikel gewidmet (Seite 210 und 211). Wir erfahren den genauen Preis, die bauliche Einrichtung der Villa, die Wohnung des Gärtners im „ungefunden Souterrain“ wird beschrieben — alles Dinge, die für die politische Bildung der Centristenwähler, wie jedermann einsehen, von unerlässlicher Notwendigkeit sind. Wie die socialdemokratischen Führer zu ihrem Wohlleben gelangen, darüber belehrt uns der Artikel „Agitationsgelder“ (S. 21—23): „Thue Geld in deinen Beutel — heißt es für den Arbeiter, wenn er an der socialdemokratischen Bewegung teilnehmen will“. Weiter erfahren wir, daß von den Hunderttausenden, die „den deutschen Arbeitern aus der Tasche gezogen“ werden, nur 10 Proz. den Mitgliedern, dagegen 90 Proz. für Agitation und Verwaltung den Führern zu gute kommen. „Das ist das Ergebnis der socialdemokratischen Klassenführung“ — rufen entrüstet die Verfasser des ultramontanen Handbuchs aus. „Die armen Arbeiter müssen zahlen und immer wieder zahlen, damit die Kosten der Agitationen gedeckt werden, die Führer aber freuen sich ihres Reichthums und bereiten die große Masse immer wieder, noch mehr Arbeitergroßen auf den Altar der Propaganda niederzulegen.“

Gegenüber einer solchen Partei mit solchen Führern ist äußerste Strenge geboten: „Die marxistische Richtung des Socialismus ist nicht minder gefährlich als der Anarchismus“ (Seite 44.) Und selbstverständlich ist es einem katholischen Manne unmöglich, „seine Stimme zu geben einer Partei, die es als ihre Aufgabe betrachtet, die Religion zu vernichten und auszurotten.“

Aber nur Geduld, die Strafe für die Unthaten der Socialdemokratie ist nahe. Die Partei befindet sich nämlich, wie das Centrumshandbuch S. 439—443 nachweist, in einer selbstverrichtenden Mauerung: „Man lasse sie auf dem Wege nur ruhig fortfahren — sie wird an dem inneren Zwiespalt unfehlbar zu Grunde gehen“.

Wenn das der Fall ist, dann versteht man nicht recht, weshalb die drei Schwaben ihr „Geschichtliches, socialpolitisches und apologetisches Nachschlagewerk“ geschrieben haben, das sich zu vier Fünfteln mit der Socialdemokratie beschäftigt.

Die Herausgeber bitten in der Vorrede „alle Leser des Werks, etwa ihnen auffallende Ungenauigkeiten nachsichtig beurteilen zu wollen“. Gewiß, Ungenauigkeiten entschuldigen auch wir gerne. Aber was wir nicht entschuldigen und was auch nicht entschuldigt werden kann, das ist die totale Unkenntnis und die rüpelhafte Schässigkeit, am allerwenigsten bei einem Buche, das der Bildung unangeklärter Schichten dienen soll.

Die Socialdemokratie, deren Bekämpfung das Buch vorzugsweise dienen soll, hat nichts davon zu fürchten. Die Centrumleute, die mit den Geisteswaffen aus dem Nachwerk der drei ABC-Schwaben gegen uns anrücken, sind uns nicht gefährlich.

Die „Menge“ aber, deren Unbildung das Buch abhelfen soll, hat allen Grund, zu sagen: Die politische Unwissenheit unserer Führer ist unser größter Feind! —

Partei-Nachrichten.

In den Landtagswahlen in Lippe, die unsern dortigen Parteigenossen so schöne Siege gebracht haben, hatten sich bürgerliche Blätter die Rotekklärung zurecht gemacht, die Parteigenossen hätten bei der Wahlagitiation ihre eigentlichen Ziele sorgsam verhehlt und sich lediglich als socialreformistische Partei aufgestellt. Dem gegenüber wird in unserm Völkereifer Parteiblatt ausdrücklich festgestellt, daß dies durchaus unrichtig ist. Die Agitation ist in Wort und Schrift unter Hervorhebung aller unsrer Bestrebungen in durchaus principielle Weise geführt worden; sogar der „Zukunftstaat“ hat eine große Rolle in der Wahlagitiation gespielt.

Daß trotzdem unter den Leuten, die für uns, namentlich in der Stichwahl, gestimmt haben, eine Anzahl Nichtsocialdemokraten waren, soll gar nicht besprochen werden. Sie sind teils durch den kleinlich-fruchtlosen Streit um Personenfragen in den bürgerlichen Parteien, teils durch die Erkenntnis von der Unfähigkeit der freisinnigen Landtagspolitiker dazu getrieben worden, trotz des „Zukunftstaats“ für unsre Kandidaten zu stimmen. Die Thätigkeit der socialdemokratischen Abgeordneten im Landtage wird ihnen hoffentlich zeigen, daß sie ihre Abstimmung nicht zu bereuen haben und wird sie aus bloßen Mißtäuschern zu dauernden Anhängern unsrer Partei machen.

Gemeindevahlen. In folgenden Orten des Königreichs Sachsen wurden socialdemokratische Kandidaten gewählt: Stelzendorf 1 und 1, Erfmann, Deuben 1, Mübich 1, Plemmingen 1, Vielau 2 und 2, Erfmann, Raschau die ganze Liste.

In Württemberg wurden in die Bürgerausschüsse gewählt: in Wödingen 1 Parteigenosse, in Winterlingen 4, in Göglingen 1; in Kaltmannweiler ging der ganze Arbeiterzettel durch.

Auf ein zehnjähriges Bestehen konnten am 1. Januar auch das „Volksblatt für Gotha“ und das „Volksblatt für Hessen“ in Cassel zurückblicken. Da die betreffenden Nummern bei uns ausgeblieben sind, können wir leider aus der Geschichte der Blätter keine Mitteilungen machen.

Partei-Presse. Aus der Redaktion der „Freien Presse für Elb-Lothringen“ in Straßburg scheidet am 1. Januar der Genosse Jean Martin aus. Er gehörte dem Redaktionsverbande seit Bestehen des Blatts an.

Justus Schwab, ein in der amerikanischen Arbeiterbewegung sehr bekannter Mann, ist, wie die „New Yorker Volks-Ztg.“ berichtet, am Abend des 17. Dezember in New York gestorben. Vor 53 Jahren wurde er in Frankfurt a. M. geboren, als Sohn eines achtundvierziger-Revolutionärs, und zeigte schon als Knabe einen stark entwickelten Unabhängigkeits Sinn. 1866, als die Preußen in Frankfurt einrückten, spielte er ihnen einige arge Streiche, so daß der Vater Rot hatte, sich selbst der Bestrafung für die Thaten seines Sohns zu entziehen. Als er Soldat werden mußte, konnte er dem preussischen Drill keinen Geschmack abgewinnen und desertierte aus seiner Garnison Kassel nach Paris, wo er als Gärtner arbeitete. Von dort wanderte er nach New York aus, ernährte sich erst als Maurer, dann als Chorjänger beim Stadttheater und schließlich eine Schankwirtschaft an, die mit der Zeit der Sammelplatz des deutschen revolutionären Elements in New York wurde. Justus Schwab beteiligte sich persönlich in hervorragendem Maße an der Arbeiterbewegung und hatte unzählige Rencontres mit der Polizei. Schwab, der seinem Unternehmen fernblieb, welches die Besserung der Lage der Arbeiter, Aufklärung unter den Massen bezweckte, war auch einer der Gründer der „New Yorker Volkszeitung“ und erster Präsident der Verlagsgesellschaft und gehörte letzterer bis zu seinem Tode an.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Außer Verfolgung gesetzt wurden unsere Genossen Max Franzen, Schaal und Büschhoff in Solingen, gegen die bekanntlich ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung ein-

geleitet worden war. Auch das gegen den Genossen Franzen als Verleger wegen Uebertretung des Preßgesetzes eingeleitete Verfahren ist eingestellt worden. Der Beschluß des königl. Landgerichts lautet dahin, daß sowohl in rechtlicher wie auch in thatsächlicher Beziehung die Voraussetzungen der Thäterschaft fehlen.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein Frauenwohl wird Frau Emma Ihrer Montag, den 7. Januar, im Halb-Realgymnasium, Löhnowstraße 84c, abends 8 Uhr einen Vortrag über das Thema: „Die nächsten Ziele für den Arbeiterinnen-Schutz“ halten. Männer und Frauen haben freien Zutritt.

Was Unternehmer nach Ansicht eines Staatsanwalts sich in Preußen erlauben dürfen!

Gegen den Töpfer Hugo David und den Buchbinder Eugen Ernst richtete sich eine Anklage wegen Verleumdung durch die Presse, welche die 2. Strafkammer am Donnerstag in einer vier volle Stunden währenden Verhandlung beschäftigte. Die Verleumdung soll enthalten sein in einem Flugblatt, welches der Central-Verband der Töpfer im vergangenen Sommer verbreitete. Dies Flugblatt legt die Ursachen einer Sperre dar, die der Töpfer-Verband im Juni v. J. über die Firma E. Schöffel verhängte. Unter anderm wird in dem Flugblatt gesagt, die beiden Firmeneinhaber, die Herren Schöffel und Stein hätten wegen ihres brutalen Betragens in keinem guten Ruf bei den Berliner Oefenheuern. Nach dem Streik sei es etwas besser gewesen, aber bald hätten die früheren Zustände wieder Platz gegriffen. Die Kollegen, welche dagegen protestierten, seien entlassen worden usw. — David ist angeklagt, weil er das Flugblatt verfaßt hat, und Ernst, weil er sich als Geschäftsführer der Druckerlei von Wigel, in der das Flugblatt hergestellt wurde, der Mithäterschaft schuldig gemacht haben soll.

In der Verhandlung vor der Strafkammer stellte David die Ursachen der Sperre folgendermaßen dar: Kurze Zeit nach Beendigung des Streiks wurde den Oefenheuern der Firma E. Schöffel ein Schriftstück zur Unterzeichnung vorgelegt, dessen Inhalt gegen die auch von dieser Firma anerkannten Einigungsbedingungen verstoß. Wer nicht unterschrieb, wurde entlassen. Vergebens habe die Organisation der Töpfer versucht, durch Unterhandlungen mit den Geschäftsinhabern eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen. Auch vor dem von den Arbeitern angeregten Einigungsamt des Gewerbegerichts seien die Herren Schöffel und Stein nicht erschienen, und erst, als somit jede Einigung aussichtslos war, sei die Sperre verhängt und das Flugblatt verbreitet worden.

Die Beweisführung hatte hauptsächlich den Zweck, festzustellen, ob, wie das Flugblatt sagt, die Herren Schöffel und Stein Arbeiter brutal behandelt haben. Zeuge Schöffel, der ebenso wie der andre Firmeneinhaber Stein als Nebenkläger zugelassen ist, sagte, zwischen ihm und seinen Arbeitern herrsche das beste Einvernehmen, sie bildeten gewissermaßen eine große Familie. Er führe im Geschäft allerdings ein strenges Regiment. Quertreibern dulde er nicht, und wenn sich mal ein Agitator in seine Werkstatt einschleichen sollte, und er fasse ihn, dann würde er ihn wohl zu Boden schlagen. — Als dem Zeugen vorgehalten wird, er solle in einem Falle zu einem Arbeiter gesagt haben: „Halten Sie das Maul!“ meint der Staatsanwalt: „Nun, das wird doch von einem Töpfer nicht so schlimm angesehen. Die Töpfer sind doch keine besonders zartfühlenden Leute und können, wie alle Arbeiter auf dem Bau, ein herberhaftes Wort vertragen.“ Zeuge Töpfermeister Stein giebt es als möglich zu, daß er in einem bestimmten Falle zu einem jungen Gesellen gesagt haben könnte: „Sie sind ein undankbarer Lämmel, der verdient, daß man ihn hinter die Ohren haut!“ Mehrere als Zeugen vernommene Oefenheuer, die jahrelang bei der Firma Schöffel arbeiten, können sich selber nicht über schlechte Behandlung beklagen, sie meinen aber, wer nicht gut behandelt worden sei, der habe es auch nicht besser verdient. Andre Zeugen, die nur einige Wochen im Geschäft von Schöffel u. Stein beschäftigt waren, sprachen sich dagegen weniger günstig über die Umgangsformen der Meister und Poliere aus.

Zeuge Donner bekundet, er sei entlassen worden, weil er eine Arbeit (Trennen eines Gefäßes), die nach dem Tarif besonders bezahlt werden muß, nicht unentgeltlich ausführen wollte. Als er darüber mit dem Meister Stein sprach, habe dieser gesagt: „Lassen Sie sich hier nicht mehr sehen, sonst giebt es Ohrfeigen.“ — Herr Stein behauptet, dieser Zeuge sei entlassen worden, weil er auf dem Bau agitiert und geheut habe. Auf Befragen durch den Staatsanwalt sagt der Zeuge, er habe, als ihm die Bezahlung der genannten Arbeit, die nach dem zwischen der Arbeiter- und der Arbeitgeber-Organisation vereinbarten Tarif geleistet werden mußte, verweigert wurde, den Vertrauensmann des Verbands gerufen, um diesen Streit zu schlichten. Darauf bemerkt der Staatsanwalt: Das nennt man Agitation. — Ein anderer Zeuge bekundet: Als er vom Meister Stein für die Zeit, die er wegen Mangel an Arbeitsmaterial verknümt habe, tarifmäßig die Bezahlung verlangte, habe Herr Stein die Bezahlung verweigert und gesagt: Sie können ein paar in die Presse kriegen. Zeuge Restaurateur Pöhl hat von seinem Lokal aus öfter bemerkt, daß am Platz des Schöffelschen Hauses Lärm war, und dann Arbeiter hinausgeworfen wurden. Zeuge Verbandsvorsitzender Drunzel ist wegen Verschwerden von Arbeitern bei Schöffel vorzeitig geworden. Herr Schöffel habe ihn ersucht, die Verschwerdeführer zu nennen. Zeuge habe sich dessen geweigert und die Verschätzung ausgesprochen, die Verschwerden würden dann gemahrgelert werden. Herr Schöffel habe versichert, daß solle nicht geschehen. Zeuge habe dann zwei der Verschwerdeführer genannt und diese seien bald darauf entlassen worden. — Zeuge Hase hat wegen einer geringen Lohn Differenz Streit mit dem Meister Stein gehabt und hat seinen Lohn genommen mit der Bemerkung, er behalte sich seine weiteren Rechte vor. Da habe Stein gesagt: Wadpfeifen können Sie kriegen. Machen Sie, daß Sie rauskommen, alter Quatschtopf! — Hierzu bemerkt der Staatsanwalt: Der Ausdruck Quatschtopf ist doch nicht brutal. Gegen Sie immer jedes Wort auf die Goldwaage? Der Meister spricht mit Ihnen, wie es in Ihren Kreisen üblich ist.

Der Staatsanwalt führte in seinem Plaidoyer aus, die Beweisaufnahme habe nichts ergeben für die Behauptung, die Herren Schöffel und Stein hätten die Arbeiter brutal behandelt. Gegen David, den gewerkschaftlichen Orger, der nicht arbeite, sondern von Bau zu Bau ziehe, um sein Gewerbe als Heher auszuüben, sei eine empfindliche Freiheitsstrafe am Platz. Der Staatsanwalt beantragte gegen David eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und gegen Ernst eine Geldstrafe von 300 M.

Rechtsanwalt Victor Frankl als Verteidiger der Angeklagten sprach zunächst seine Verwunderung darüber aus, daß in dem vorliegenden Falle, wo es sich nur um private Angelegenheiten des Herrn Schöffel und Stein handele, die Staatsanwaltschaft ein öffentliches Interesse für vorliegend erachtete. Der Umstand, daß Herr Schöffel Hof-töpfermeister sei, dürfte doch nicht ausreichen, um den großen Zeugenapparat in Bewegung zu setzen, um die Privatinteressen des Herrn Schöffel zu vertreten. Der Verteidiger unterzog dann die Ergebnisse der Beweisaufnahme einer kritischen Würdigung und kam zu dem Schluß, daß der Wahrheitsbeweis gelungen sei, soweit das in solchen Fällen überhaupt möglich wäre.

Deshalb beantrage er die Freisprechung beider Angeklagten. — Ebenso wie der Verteidiger protestierte auch der Angeklagte David dagegen, daß ihn der Staatsanwalt als gewerblich tätigen Arbeiter bezeichnete. Er (David) finde es auch recht sonderbar, daß der Staatsanwalt die wirklich recht starken Ausdrücke, die die Meister gegen Arbeiter gebraucht haben, als gar nicht so schlimm, gar nicht verlegend ansehe, während ähnliche Ausdrücke, wenn sie von Arbeitern gegen Arbeiter gebraucht wurden, von Staatsanwälten und Richtern stets als Ehrverletzung, Drohung u. dergl. angesehen und bestraft worden seien.

Der Gerichtshof fällt folgendes Urteil: Der Wahrheitsbeweis sei nicht gelungen. Wenn die Geschäftsinhaber auch ein strenges Regiment geführt und in einzelnen Fällen scharfe Worte gegen Arbeiter gebraucht haben, so könne doch von Brutalität keine Rede sein. Dem Angeklagten Ernst konnte nicht nachgewiesen werden, daß er den Inhalt des Flugblatts gekannt hat, und mußte er deshalb freigesprochen werden. Bezüglich des Angeklagten David ist berücksichtigt worden, einerseits daß er ein gemeingefährlicher Arbeiter, andererseits daß er noch nicht bestraft ist, und ist daher auf eine Geldstrafe von 800 M. erkannt worden, sowie auf Publikationsbefugnis der Nebenkläger.

Unserm Parteigenossen David werden die aus der Gerichtsverhandlung geschöpften Erfahrungen ein Ansporn sein, auch ferner ruhig und plichtbewußt sein schweres und verantwortungsvolles Amt im Interesse der Arbeiter auszuüben.

Kommunales.

Ueber den Antrag Singer, betreffend die gegen die Wohnungsnot zu ergreifenden Maßnahmen. Ist, wie wir in Ergänzung unserer gestrigen Notiz mitteilen können, in dem zur Beratung dieses Antrags eingeleiteten Ausschuss am Mittwoch noch nicht mitverhandelt worden. Die Sache wird erst in der nächsten Sitzung, die am Montag über acht Tage stattfinden soll, zur Beratung kommen. In der Mittwochsitzung ist zunächst nur über die vom Magistrat vorgeschlagene „König-Friedrich-Stiftung“ verhandelt worden. Die Magistratsvorlage wurde, wie bereits mitgeteilt, mit einem Kommunalen Zusatzantrag angenommen. Die Trennung der Beratung des Antrags Singer von der Beratung der Magistratsvorlage war von unsren Vertretern im Ausschuss ausdrücklich gefordert worden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Gute und gesunde Romanlektüre!

Wie machen unsere Leser nachdrücklich aufmerksam auf den unsrer heutigen Nummer beiliegenden Prospekt der

Illustrierten Roman-Bibliothek

„In freien Stunden“

in 8 Wochen-Hefen zu 10 Pf.

Von dieser Zeitschrift liegen jetzt vier abgeschlossene Jahrgänge vor; sowohl die äußere Ausstattung wie der Inhalt unterscheiden die „Freien Stunden“ vorteilhaft vor den zahlreichen Schundroman-Hefen, die leider gerade in Arbeiterkreisen noch vielfach Verbreitung finden; fast durchgehendes Charakter die „Freien Stunden“ Romane, die man zu den besten der Weltliteratur zählen darf. Freilich, bloßer sentimentaler-leichter Unterhaltungsstoff ist es nicht; der Leser soll zugleich auch zum Denken angeregt und zur Erkenntnis der Wahrheit gebracht werden. Der neue Jahrgang, dessen Abonnement wir unsren Lesern dringend empfehlen, bringt infolgedessen eine Bereicherung, als in jedem Heft gleichzeitig zwei Romane erscheinen und das „Kleine Feuilleton“, das bisher auf dem Umschlag erschien, jetzt dem Texte einverleibt wird. Die für den neuen Jahrgang ausgewählten Romane scheinen uns für den Zweck: Unterhaltung und Belehrung, glücklich ausgewählt zu sein; wir betreiben unsre Leser auf den Prospekt selber. Wer von unsren Lesern für seine Frau und seine heranwachsenden Kinder eine gute und gesunde Romanlektüre haben will, der abonniere die „Freien Stunden“, die ihm jede Buchhandlung, jeder Colporteur und Spediteur, sowie die Parteispeditionen liefern.

Lichtenberg. Die Wählerlisten zur Neuwahl der aufgelösten Gemeindevertretung von Lichtenberg liegen in der Zeit vom 4. bis einschließlich 10. Januar im Rathaus, Zimmer 20, zur Einsichtnahme aus, und zwar Wochentags in der Zeit von früh 8 bis 3 Uhr nachmittags, Sonntags von 9—12 Uhr. Diejenigen Parteigenossen, welche nicht selbst die Listen einsehen können, mögen sich in den Wahlstellen des Wahlvereins melden. — Auch alle Berliner Parteigenossen werden gebeten, wo immer sie Gelegenheit haben, mit Lichtenbergern zusammenzukommen, diese auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen.

Johannesthal-Nieder-Schöneweide. Der sozialdemokratische Verein hält seine Generalversammlung am 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Senfleben ab. Die Genossen werden ersucht, sämtlich zu erscheinen, da eine Besprechung stattfindet über Gründung eines eignen Vereins von Nieder-Schöneweide.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung, die erste im neuen Jahre, begann mit einer Renewung. Das für diese Sitzung herkömmliche Kaiserhoch wurde vom Vorsteher nicht wie sonst, nach Erledigung der Vorstandswahlen und der übrigen geschäftlichen Angelegenheiten, sondern gleich zu Anfang der Sitzung ausgebracht. Der Saal war zu diesem Zeitpunkt kaum halb besetzt, die Ränge der Sozialdemokraten waren völlig leer.

Die Vorstandswahlen gingen glatt von statten. Der gesamte Vorstand wurde durch Acclamation wiedergewählt.

Auf der Tagesordnung standen mehrere Gegenstände von allgemeinerem Interesse. Die Angelegenheit der Verpachtung des öffentlichen Platzes an der Prinzen-Allee als Kohlenplatz führte zu einer längeren Debatte. Ein Antrag Frisch empfahl eine Enquete an den Magistrat zu richten, was er zu thun gedente, um den Pachtvertrag wieder rückgängig zu machen. Von unserer Seite sprach Genosse Hünze zu dem Antrage. Hünze geißelte das Verfahren der Grundeigentümer-Deputation, um einer Jahrespacht von launigen 600 M. willen den Bewohnern des Gesundbrunnens einen Platz zu entziehen, der den zahlreichen Kindern dieses Stadtteils als Spielplatz gedient hat. Nachdem Hünze den Antrag gestellt hatte, die Aufhebung des Vertrags zu fordern, wurde der Antrag Frisch zurückgezogen. Der Antrag Hünze wurde hinterher abgelehnt.

Am 18. Januar beabsichtigt der Magistrat eine Verherrlichung der Hohenzollern-Dynastie, er will in den Gemeindefestlichkeiten einen Zweck dienende Schrift verteilen lassen. Unser Genosse Hoffmann wandte sich in seiner drastischen Art gegen diese „Verbeugung nach oben“. Für die Vorlage sprach im Namen des reaktionärsten Mitglied der Versammlung der Stadtverordnete Kommissar. Der weitere Verlauf der Debatte und die Abstimmung zeigten, daß der Herr zugleich im Namen der übergrößen Mehrheit der Versammlung gesprochen hatte. Er redete von der „objektiven“ Belehrung, die den Kindern durch diese Schrift geboten werden sollte. Stadthagen übernahm es, ihm die gebührende Abfertigung zu teil werden zu lassen. Stadthagens Worte riefen Herrn Kirschner auf den Plan. Der Herr Oberbürgermeister wurde sichtlich von patriotischer Rührung ergriffen, als er sich gegen die von

unsren Genossen an den Tag gelegte Geringschätzung des „großen historischen Gedankens“ wandte. Genosse Vorkmann erinnerte den Magistrat an die Pflicht, den Inhalt der von Herrn Kirschner mit so bereiten Worten angepriesenen Schrift vorher zur Kenntnis der Versammlung zu bringen. Als Stadthagen das zweite Mal das Wort ergriff und in längerer, der patriotischen Mehrheit der Versammlung unangenehmer Ausführungen ein paar schwarze Blätter aus der preussischen Geschichte aufschlug, da gab es recht erregte Auftritte. Bismarck schlecht beraten zeigte sich der Vorsteher Herr Langenhans, der nicht nur die Schulen gegen den Vorwurf, Unwissenheit im Geschichtsunterricht zu lehren, in Schutz nahm, sondern auch Stadthagens Kritik verstorbenen Hohenzollernfürsten für unstatthaft erklärte. Die Versammlung nahm schließlich, wie von vornherein zu erwarten gewesen, die Vorlage mit großer Mehrheit an.

Der Verein abstinenten Arbeiter verbreitet gegenwärtig ein Flugblatt, in welchem er seine Bestrebungen erklärt. Die abstinenten Arbeiter, so heißt es darin, wollen, daß die gänzliche Enthaltung von allen alkoholischen Getränken dem Arbeiter einen direkten Vorteil dadurch schaffe, daß er an Gesundheit, Willenskraft, Intelligenz, Moral, Frömmigkeit und Familienglück als einzelner schon unter den jetzigen Verhältnissen gewinne; und einen indirekten Vorteil dadurch, daß er körperlich, geistig und auch finanziell tüchtiger werde für den Klassenkampf gegen den Kapitalismus.

Als Argumente führt der Verein weiter an, daß durch die Konsumtion alkoholischer Getränke ein großer Teil des Arbeiter-Einkommens wieder vom Kapital verschlungen wird. In Deutschland bei einem Durchschnitts-Einkommen von 400 M. ca. der 8. Teil, gleich jährlich 50 M. pro Kopf; daß diese Unsumme, welche vom Arbeiter wegen des Alkohols unnütz fortgeworfen wird, für aufläuternde Litteratur, für Beiträge zu Unterhaltungszielen und für Streikfonds eine bessere Verwendung finden würde sowie daß im Falle eines Streiks der Arbeiter, wenn er enthaltsam ist, weit mehr Aussicht hat, seine Forderungen durchzusetzen, als wenn er ein Sklave der Trinksitte ist und folgedessen größerer Geldmittel während des Streiks bedarf, schwerer zu beschaffen, zu organisieren und vor Ausdehnungen zu bewahren ist, und folglich die Beseitigung des Alkoholgenusses zur Lösung der sozialen Frage wesentlich beitragen muß.

Die abstinenten Arbeiter verlangen gewiß selber nicht, daß die Zugehörigkeit zu ihrer Organisation in der Partei zur Prinzipienfrage gemacht werde, und sind wohl mit uns darin einverstanden, daß es jedem Einzelnen überlassen bleiben muß, wie er sich auf Grund der an sich selber oder an seinem Nächsten gemachten Erfahrungen zur Enthaltsamkeitsfrage stellen will. Doch bisher in Deutschland die Abstinentenbewegung nicht den Anhang gefunden hat, wie in Norwegen, Nordamerika und den Niederlanden, mag daran liegen, daß der Alkoholismus in unsrem Vaterlande auch nicht entfernt die Opfer gefordert hat, wie in jenen Ländern. Aber dieser Umstand soll, so wenig wir sonst von den gong und gaben Vereinsaktivitäten zu allen möglichen Zwecken erant sind, uns gewiß nicht veranlassen, dem Verein der abstinenten Arbeiter Steine in den Weg zu legen. Wir sehen sehr wohl ein, daß eine solche Bewegung nach Lage der Dinge dort, wo sie angebracht ist, nur durch eine Organisation gefördert werden kann, daß erst die Organisation demjenigen Arbeiter, der Enthaltsamkeit aben will, vor den Anpassungen unverständiger Kollegen den nötigen Rückhalt giebt. Gebt der Verein verständig vor, hütet er sich, durch eine aufdringliche und zelotische Agitation sich selber seines ersten Charakters zu entkleiden, sucht er namentlich in geschickter Weise die Frauen für seinen Zweck zu interessieren, so kann er gewiß manches Gute wirken und es soll ihm in diesem Falle unser Glückwunsch auf den Weg nicht fehlen.

Christos Lumpengefindel haust doch in der Stummischen „Post“. Ein Artikel in der letzten Abendnummer des Blatts „Die Gastwirte und die Sozialdemokratie“ beginnt folgendermaßen: „Vor kurzem wollten temperenzlexische Sozialdemokraten in hiesigen sozialdemokratischen Gewerkschaftshäusern eine Agitations-Versammlung abhalten; der Saal wurde ihnen aber von der Parteileitung mit Rücksicht auf den Selbstenamen des Hauses, der natürlich von bierischen Leuten nichts wissen will, verweigert.“ Der Vorstand des Vereins abstinenten Arbeiter hat die in hiesigen Blättern verbreitete Lügenmär von der angeblichen Verweigerung des Versammlungssaals selber klipp und klar durch eine an unser Blatt gerichtete Zuschrift widerlegt. Daß die „Post“ Kenntnis von dieser Richtigstellung hatte und daß es dem Blatte nur um eine niedrige Verehrung zu thun war, geht daraus hervor, daß es die sozialdemokratische Parteileitung, die mit der Verwaltung des Gewerkschaftshauses nicht das geringste zu thun hat, die Verweigerung ansprechen läßt.

Wie sagte doch Friedrich II. bei Zornsdorf? Mit solchem Gefindel muß man sich herumschlagen!

Die bittere Kälte hält weiter an. Die Eisernie auf den Gewässern in der Umgebung Berlins hat im vollsten Umfange begonnen, da jeder bestrebt ist, recht schnell soviel wie möglich von dem kostbaren Naturprodukt einzubehalten, auf das man angesichts der milden Witterung, die bis zum Jahreschlusse herrschte, ganz verzichten zu müssen fürchtete. Lebzigens ist das Eis, welches jetzt die Seen und Flüsse bedeckt, von ganz besonderer Güte, da es vollständig sauerfrei ist. Zimmerhün bietet die Eisernie nur wenigen Hungernden Beschäftigung. Wie sehr der scharfe Frost auf die nothleidenden Schichten der Bevölkerung wirkt, sieht man namentlich an der starken Benutzung der verschiedenen Wohlthätigkeitsanstalten. Ein förmlicher Massenandrang herrscht jetzt in den Volksschulen und Volksspeiseanstalten, die in den Mittagsstunden geöffnet werden. Lange Zeit vorher sind die Thüren schon belagert und es bedarf vielfach erst der dringlichsten Aufforderung, um die Gäste, die sich oft an dem Duff der Speisen genügen lassen müssen, wieder zum Verlassen der gewärmten Räume zu bewegen. Die Wärmehallen sind überfüllt, in diesem Jahr stellen die Arbeitslosen aus den Bauarbeiten das größte Kontingent der Bevölkerung. Die öffentlichen Freibäder, sogar die Museen, vor allem das Zeughaus, sind in diesem Winter als Wärmehallen sehr begehrt. Ebenso werden die Wartesäle der Bahnhöfe zu dem Zweck mehr als sonst benutzt. Die Beamten haben öfter einen schiveren Stand, um den Leuten begreiflich zu machen, daß die Wartesäle nur für die mit Fahrkarten versehenen Personen reserviert sind. Für diejenigen, die es dazu haben, ist natürlich auch der strenge Winter ein Vorn schöner Freude. Die Eisbahnen sind zum Teil überfüllt. Die Havel nebst ihren Seen hat sich bereits mit Eis bedeckt; indes hat es die für den Eisport erforderliche Stärke noch nicht erreicht. Die in früheren Jahren von den Schlitzschiffen stark benutzte Eisbahn Tegel-Soatwinkel-Spandau (Oberhavel) kommt jetzt nur sehr schwer zu stande, weil Fabrikdampfer, die so lange fahren als es nur möglich, das Eis zerstören. Diese Eisbahn brachte der Regierung früher 6000 M. jährlich. Seit dem Verthe der Fabrikdampfer hat der jetzige Pächter Nähe, die Pachtsumme von 1000 M. jährlich, für die ihm die Ausnutzung der Eisbahn überlassen ist, zu vereinnahmen.

Die Mietsteigerungen, die zum Quartalschluß von den Hausbesitzern angekündigt worden sind, haben schlimmer als eine Epidemie fast niemand verschont, der überhaupt der Kündigung ausgesetzt war. Besonders fällt es auf, daß auch solche Unternehmer die angeblich zum Besten ihrer Arbeiter sich an der Lösung der Wohnungsfrage durch Errichtung von Arbeiterwohnungen beteiligen, an dem großen Preisaufschlag der Hausbesitzer teilgenommen haben. So hat die Firma A. Worsig den in der von ihr gegründeten Kolonie Vorkwald wohnenden Arbeitern den Mietpreis nicht unerheblich mit der Begründung erhöht, daß die Steigerungen der Bauarbeiter-Löhne (1) und der Materialpreise diese Maßnahmen erheischen.

Eine selbst in gegenwärtiger Zeit horrende Mietsteigerung hat eine in der Umgegend Berlins domizillierte Brauerei unternommen, die neuerdings durch den Umstand besonders belamt ge-

worden ist, daß ein achtzehnjähriger Millionär, der zu 2 1/2 Jahren Justizhaus verurtheilte Kinderfreund August Steinhilber, Hauptinhaber ihrer Aktien ist. Die Brauerei hat die Grundstücke Kaiserin-Augusta-Allee 15/16 zu Neujahr erworben und die meist aus kleinen Leuten bestehenden Mieter dieser Häuser mit Steigerungen bedacht, die den bisherigen Mietpreis bis zu 30 und 40 Prozent übersteigerten!

Aus frommen Kreisen. Gegen den Prediger Alberti von der hiesigen Dantesgemeinde war vom Konsistorium eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden wegen einer Wahrede, die in ihrem Inhalt und in ihrer Form Ansehen erregte. Eine Reihe von Beschütern der Versammlung wurden als Zeugen vernommen. Das Verfahren hat jetzt seinen Abschluß erhalten. Prediger Alberti ist mit einem durch eine Verurteilung verschärften Verweise bestraft worden. Das Konsistorium hat davon dem Gemeindevorstand der Dantesgemeinde wie folgt Mitteilung gemacht: „Der Prediger Alberti hat sich in der Wählerversammlung vom 28. Oktober der tendenziösen Entstellung der Anschauungen der Positiven schuldig gemacht, insbesondere aber ein schweres Vergehen dadurch begangen, daß er die in eine beratige Versammlung überhaut nicht gehörige Frage nach den Widersprüchen in der heiligen Schrift angeschnitten hat, ohne aus nur dem Verlus einer beruhigenden Lösung zu machen. Der von ihm erregte Anstoß ist wesentlich verschärft durch die Form seiner Äußerungen in der Debatte, die den Eindruck der Privatität machen. — Wir haben jedoch die Ueberzeugung gewonnen, daß es Herrn Prediger Alberti fern gelegen hat, in frivolom Tone von der Bibel reden zu wollen, daß er sich vielmehr zu jenen inkonsequenten Bemerkungen im Eifer der Debatte hat hinreißen lassen. Auch halten wir ihm zu gute, daß er durch die Flugblätter seiner Gegner gekränkt und gereizt gewesen ist, und daß ihm bis dahin keine Mäße seiner Verurteilung zu teil geworden ist. — Wir haben ihn mit einem durch Verurteilung verschärften Verweise bestraft. — An Herrn Robert Hünze, Verzugsmacher, hier. — Vorsitzende Abschrift geben wir dem Gemeinde-Kircherrat zur Kenntnisnahme. Schmidt.“ — Ein erhebendes Schauspiel für die der Kirche fernstehenden Sünden, der häusliche Denunziationszwist zwischen positiven und liberalen Christen!

Nach amtlicher Aufstellung sind beim Neujahrs-Postverkehr in Berlin vom 30. Dezember, 12 Uhr mittags, bis 31. Dezember, 5 Uhr früh, 978 500 Sendungen, vom 31. Dezember 1900, 5 Uhr früh, bis 1. Januar 1901, 11 Uhr abends, 9 206 700 Sendungen, die in Berlin ausgegeben oder nach Berlin gerichtet waren, zur Verteilung gelangt. Die Gesamtzahl der Ortssendungen befreit sich hiernach auf 10 185 200 Stück, was einer Zunahme gegen Neujahr 1900 um annähernd 100 Proz. entspricht. Es waren im vorigen Jahre insgesamt 5 223 000 Sendungen bearbeitet worden.

Wie sehr sich das Unternehmertum von den Pflichten, welche ihnen die Versicherungsgehegung auferlegt, zu drücken sucht, lehrt folgende Zeitungsmeldung: Eine Massenpetition der Berliner Konfektionsgeschäfts-Inhaber an den Oberpräsidenten um Nichtbestätigung des Ortsstatuts betreffend die Krankenversicherung der Hausindustriellen ist in Vorbereitung. Die Petenten wenden sich besonders gegen den § 3 des von der Stadt Berlin in Vorschlag gebrachten Ortsstatuts. Nach diesem sind nämlich nicht nur die inogen Zwischenmeister, welche keine Gewerbesteuer zahlen, versicherungspflichtig, sondern auch deren Angestellte, soweit sie in der eignen Wohnung arbeiten. Die unmittelbaren Arbeitgeber (Zwischenmeister) haben diese Personen der Firma, für welche sie arbeiten, anzugeben, da auch für sie Klassenbeiträge zu entrichten sind. Dem gegenüber wird darauf hingewiesen, daß viele Zwischenmeister für mehrere Firmen tätig sind, so daß die Bestimmung eines einzelnen beitragspflichtigen Arbeitgebers kaum möglich sein wird. Sollte das Ortsstatut democh Gesez werden, so wollen viele Konfektionsfirmen künftig nur solche Zwischenmeister beschäftigen, die Gewerbesteuer zahlen und somit erselbst nicht versicherungspflichtig sind, zweitens aber persönlich für die Krankenkassenbeiträge der von ihnen Beschäftigten aufzukommen haben.

Daß eine solche schände Umgehung des Ortsstatuts von den meist millionenschweren Konfektionären offen angebrocht wird, ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß es sich teilweise um Unternehmern handelt, die sich nach Beendigung des 1886er Streiks durch offenen Treubruch über die mit den Arbeitern und Arbeiterinnen eingegangenen Verpflichtungen hinweggesetzt haben.

Ein Kongress der Spezialitäten-Theater-Direktoren wird am 21. Januar in Berlin stattfinden.

Feuerwehler. Das Polizeipräsidium teilt mit: Um im Bedarfsfälle die Feuerwehler möglichst schnell zur Hilfe rufen zu können, sind eine Anzahl Einrichtungen getroffen worden, deren Kenntnis dem Publikum nicht oft genug in Erinnerung gebracht werden kann. Wie sich eigentlich jeder schon vorher darüber vergewissern sollte, wo der nächste Arzt und die nächste Apotheke ist, so sollte sich auch jeder die Kenntnis verschaffen, wo die nächste Feuerwehlerstelle ist. An den Uranias, Tischhäusern und in unmittelbarer Nähe der meisten Briefkästen befindet sich ein Schild mit Hinweis nach der nächsten Feuerwehlerstelle. Außerdem sind noch in mehreren Stadtteilen an den Straßenecken und in der Mitte der längeren Straßensuchen weiße Richtungsstäbe mit Aufschrift „Feuermeldung“ als Hinweis nach der nächsten öffentlichen Feuerwehlerstelle angebracht. Das bei Inbetriebsetzung der öffentlichen Feuerwehler zu beobachtende Verfahren erhebt aus der am Gehäule angebrachten Anweisung. Ferner kann durch jedes Polizeirevier die Feuerwehler herbeigerufen werden. Schließlich kann auch auf jedem beliebigen Telephon die Feuerwehler angerufen werden. In dem Verzeichnis der Teilnehmer sind unter „Feuerwehler Berlin“ die in Frage kommenden Nummern verzeichnet.

Ein Einbrecher-Trio ist von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht worden. Ein gewisser Reuhans, der „Anspfer-Rack“ und der „Lange Gustav“ lernten sich in der Strafanstalt zu Brandenburg kennen und schloffen Freundschaft für kommende bessere Zeiten. Sobald sie die Freiheit wiedererlangt hatten, verbündeten sie sich der Abrede gemäß zu gemeinsamer Arbeit. Reuhans baldwerte auch bald eine Gelegenheit bei dem Kupferhändlermeister und Hausbesitzermeister von Grünen Weg Nr. 37 aus. Nach Feierabend drückten die drei Einbrecher von der zu ebener Erde gelegenen Werkstatt eine Fensterhebe ein, gelangten so in das Innere und stahlen acht kupferne Kessel. Da sie die Leute nicht gleich absehen konnten, so brachten sie sie im Keller eines Hauses in der Neuen Königstraße, den sie leer und unverschlossen fanden, unter und verschlossen die Thür mit einem Vorhängehaken, das sie eigens zu diesem Zweck gestohlen hatten. Reuhans aber begnügte sich mit diesem Einbruch noch nicht. Er hatte für denselben Abend noch einen zweiten Streich vor, der ihm jedoch nur zum Teil gelang. Ein Futterwagen eines Geschäfts in der Neuen Königstraße, den er ohne Aussicht auf der Straße stehen sah, schen ihm ein geeigneter Gegenstand für einen raschen Abzug. Der Diebstahl gelang auch, nicht aber die „Verpackung“. Die Spinduben mußten schließlich, nachdem sie einen kleinen Teil verlaufen hatten, das Pferd mit dem Wagen und der Ladung laufen lassen. So fand es am anderen Tage die Polizei und führte es dem Eigentümer wieder zu. Dieser Diebstahl aber wurde den drei Freunden verhängnisvoll. Einer von ihnen wurde als Thäter ermittelt und festgenommen. In die Enge getrieben räumte er auch den Einbruch am Grünen Weg ein und verriet das Lager der Kessel. Schließlich wurden auch die beiden Mitthäter dingfest gemacht.

Beim Anstauen der Klosettleitung schwer verunglückt ist Domertagsvormittag ein Sohn des Hausbesitzers Wabersche aus der Hehrbellmeierstr. 36. Der junge Mann muß mit dem Rade, das er dazu benutzte, wohl unvorsichtig umgegangen sein, so daß seine Kleider in Brand gerieten. Als man ihn auffand, war er bereits mit Brandwunden bedeckt und hatte das Bewußtsein verloren. Ein Arzt der Rettungswache III leistete dem Verunglückten die erste Hilfe und ließ ihn mit einem Rettungswagen nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus bringen.

Dem Apollo-Theater ist das Ausstattungsgeld ausgegangen. Vielleicht hat dies mit ihrem Singen die „Lorelei“ gethan, die ja eine mehr glänzende als hinreichende Vertreterin ihrer Art war.

Obwohl wie dem auch sei, verloren hat das Apollo-Theater nicht durch diesen Wechsel. Es sind eine Reihe Spezialitäten engagiert worden, wie wir sie in diesem Hause kaum jemals bekommen haben. Valentine Petiti pflegt den Serpentinanzug mit einem Raffinement, dessen Kosten sich auf Bedenken stellen mögen; in ihrem Aufwands bietet die Künstlerin allerdings dem Auge auch ein Bild, wie es die Phantasie der Laufend und Einen Nacht kaum herrlicher gestalten kann. Künstliche Gelehrter haben wie in den Salambos, einem Herrn und einer Dame, die mit dem elektrischen Funken Demonstrationen verblüffender Art verrichten. Drollige Gestalten sind die Pariser Straßensänger, die einen als Sänger, Komiker und Geiger gleich hervorragenden Künstler unter sich zählen. Als Akrobaten leisten die Fahrbühnen Rasketta Vorzügliches. Die bekannte Operette „Des Löwen Erwachen“, die den Schluß des ersten Programms bildet, gefüllt auch heute noch durch ihre gefällige Musik sowie durch einen herrlichen Aufbau der Handlung. Wir begegnen in dem Singpiel einigen guten Bekannten; die Damen Carola und Malakowka sowie die Herren Steidl und Ried zeigen, daß sie auch in einem von platten Schleglern freien Spiel ihrer Aufgabe gewachsen sind.

In aparter Nachmittagsvorstellung sehen wir im Apollo-Theater noch einem alten Bekannten, dem Zauberkünstler Ben Ali Bey. Der im orientalischen Prachtgewand schaffende Künstler bringt in seinem neuen Programm manche hübsche Nebenrolle und wird von der schönen Sulamita wirksam unterstützt. Japanische Zauberspiele, der Dämon in der Glode, das Rätsel der Straußeneier-Polale, die magische Kaffeekanne sind die hervorragendsten Experimente, die zum Schluß in der Illusion der verzauberten Prinzessin den Gipfel der Seltsamkeit erreichen.

Die Deutsche Gesellschaft für volkstümliche Naturkunde, deren Vortragsarbeiten sich ununterbrochen einer regen Beteiligung erfreuen, wird nach Beendigung des paläontologischen Kurses einen XI. Kursus über „Küchengeschichte der organischen Chemie“ veranstalten. Derselbe wird am Sonnabend, den 5. Januar, abends 8 Uhr, im Gemüchlichen Saal der Königl. Landwirtschaftlichen Hochschule, Invalidenstr. 42, durch Herrn Prof. Dr. Thomä, Direktor des pharmaceutisch-chemischen Laboratoriums der Königl. Universität, eröffnet werden. Näheres durch den ersten Schriftführer der Gesellschaft, Oberlehrer Dr. Greif, Spandauerstr. 142.

Feuerbericht. Die letzten kalten Tage bringen fortgesetzt zahlreiche Alarmierungen, die häufig auf niedergedrückten Rauch zurückzuführen sind. Ein größerer Wohnungsbrand, bei dem ein alter Mann beinahe erstickte, kam Donnerstag früh 6 Uhr in der Fruchtschloßstr. 46 zum Ausbruch. Es brannten Möbel und Fußboden, und der noch im Schlafe liegende 80jährige H. Mothert erlitt dabei eine so starke Rauchvergiftung, daß ihm Sauerstoff eingepumpt werden mußte. Hierauf wurde er nach dem Krankenhaus Verbleiben gebracht. Bald darauf waren Lilowstr. 5 und Eldenastr. 2 Kellerbrände abzuwickeln. Beteranenstr. 8 war in einer Mälzerei Feuer entstanden, das die Wehr längere Zeit beschäftigte. Prinzestr. 20 brannte die Hofverpackung, während Friedenstr. 18 ein Teil der Dachkonstruktion eingestürzt wurde. Schönhauser Allee 183 war ein unbedeutender Brand in einem Maschinenraum zu beseitigen. Außerdem erfolgten noch mehrere Schornsteinbrände.

Aus den Nachbarorten.

Hygienische Vorträge werden nach dem in Berlin gegebenen Beispiel auch in Charlottenburg abgehalten. Wie der Vorstand der dortigen Allgemeinen Orts-Krankenkasse uns meldet, sind die Kassen in den städtischen Schulhäusern Schloßstraße 27 und Goethestraße 22 bereitwillig von der Schuldeputation zu dem erwähnten Zweck zur Verfügung gestellt worden. Es sind für jede Woche zwei Vorträge geplant, aber die Näheres durch Plakatausschlag bekannt gegeben wird.

Aus Niddorf. Bei der Vieh- und Obstbaum-Zählung am 1. Dezember 1900 wurden hier gezählt: 807 Geflügel mit Viehhand und 1079 Viehhaltende Haushaltungen. Letztere besaßen: 2400 Pferde, 1 Maulesel, 9 Esel, 623 Stück Rinder, 7 Schafe, 945 Schweine, 240 Ziegen, 12 788 Stück Federvieh und 103 Wienenstöcke. Obstbäume waren 5123 vorhanden.

In Brix ist in der Bürgerstraße eine großartig eingerichtete Fallschmied- und Werkstätte erbaut und polizeilich aufgehoben worden. Die Entdeckung wurde dadurch herbeigeführt, daß der Metallarbeiter B. aus Brix bei Verabreichung falschen Geldes in Landsberg a. W. festgenommen wurde.

Gerichts-Beilage.

Nötigung und Gewerbevergehen? Von grundsätzlichen und praktischen Interesse war diese Frage, die in einer Verhandlung der 8. Strafkammer des Landgerichts I gegen die Arbeiterin Emma K. am 29. Dezember zur Sprache kam. Die Angeklagte hatte während des Streiks in der Speyerischen Buchbinderei in Berlin im September 1900 ein Mädchen, das dort an Stelle der ausgesperrten in Arbeit getreten war, angetrieben, um sie zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen, und sollte dabei einige Worte gesagt haben, in denen eine Drohung erblickt wurde. Der

Staatsanwalt beantragte, sie wegen versuchter Nötigung nach § 240 des Straf-Gesetzbuchs und wegen Gewerbevergehens nach § 153 der Gewerbe-Ordnung zu einer Woche Gefängnis zu verurteilen. Wenn eine Handlung zugleich mehrere Strafgesetze verlegt, so muß nach § 73 des Strafgesetzbuchs das Strafgesetz angewendet werden, welches die schwerere Strafe und bei ungleichen Strafarten das, welches die schwerere Strafe androht. Der Staatsanwalt erblickt dies schwerere Strafgesetz in der Bestimmung des § 153 der Gewerbe-Ordnung, welche zwar im Höchstmaß nur drei Monate Gefängnis zuläße, aber eine andre Strafe als Gefängnis überhaupt ausschliesse, während der § 240 des Strafgesetzbuchs zwar bis zum Höchstmaß von einem Jahre Gefängnis ginge, aber auch gestattete, von einer Freiheitsstrafe überhaupt abzusehen und auf Geldstrafe zu erkennen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, bekämpfte diese Ansicht mit dem Hinweis auf Reichsgerichts-Entscheidungen und behauptete, daß vielmehr § 240 Str.-G.-B. wegen seiner höheren Maximalstrafe als das schwerere Gesetz anzusehen und deshalb anzuwenden sei. Er hob hervor, daß allenfalls Bedenken erregt werden könnten durch die letzten Worte des § 153 der Gewerbe-Ordnung, welche bestimmen, daß der Angeklagte mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft wird, „sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine höhere Strafe eintritt“.

Der Verteidiger erklärte, daß man dieser Formel nicht die Bedeutung einer Anwendung des § 240 des Strafgesetzbuchs ausschließenden Specialbestimmung beimessen dürfe. Vermutlich hätten diese Worte bei Erlass der Gewerbe-Ordnung vom Jahre 1869 auch weiter nichts sagen sollen, als was jetzt im § 73 des Strafgesetzbuchs verordnet sei, daß nämlich beim Zusammenreffen mehrerer Strafgesetze die schwerere Strafbestimmung anzuwenden sei. Jedenfalls aber würde, wenn § 153 Gewerbe-Ordnung ursprünglich einen andern Sinn gehabt hätte, durch den Erlass des Strafgesetzbuchs im Jahre 1870 dies beseitigt worden sein, so daß nunmehr nur die allgemeinen strafrechtlichen Grundsätze in Anwendung kämen. Nach diesen aber würde § 240 des Strafgesetzbuchs anzuwenden und eine Geldstrafe zulässig sein, was bei Anwendung des § 153 der Gewerbe-Ordnung nicht möglich wäre. Die Strafkammer trat diesen Ausführungen des Verteidigers bei und verurteilte Heine zu 20 M. Geldstrafe. — So hat ihr die Anwendung des schwereren Strafgesetzes zu einer leichteren Strafe verfallen.

Erlich von Kriegsheim macht den Gerichten noch immer viel zu schaffen, denn er legt seinen Kampf um die Freiheit mit einer außerordentlichen Energie fort, obgleich er sich nunmehr seit bereits 2 1/2 Jahren in Untersuchungshaft befindet und ein Ende des ganzen Strafverfahrens noch gar nicht abzusehen ist. Wie bekannt, wurde der Angeklagte, der in der ersten Hauptverhandlung zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, am 7. Dezember v. J. unter Anrechnung von 20 Monaten Untersuchungshaft mit 3 1/2 Jahren Gefängnis bestraft. Das Urteil, gegen welches v. Kriegsheim Revision eingelegt hat, dürfte in allernächster Zeit zugestellt werden. Zur Zeit ist der Angeklagte mit Genehmigung des Vororgans damit beschäftigt, das Stigmataprotokoll in der Gerichtsschreiberei einzuführen, da er, abgesehen von den Schriftsätzen seiner Verteidiger, auch persönlich die Revision zu Protokoll des Gerichtsschreibers begründen will. In einem der Fälle, in denen seiner Zeit die erste Revision verworfen war und die in der Gesamtsache von 3 1/2 Jahren liegen, ist kürzlich auf Antrag der Rechtsanwältin Dr. Schmidt, Morris und Leonhard Friedmann die Wiederaufnahme des Verfahrens für zulässig erachtet worden und in einem zweiten Fall soll die Wiederaufnahme dieser Lage beantragt werden. Da nunmehr 56 Anklagefälle teils durch Freisprechung, teils durch Einstellung des Verfahrens rechtskräftig zu Gunsten des Angeklagten entschieden sind und auch das Revisionsverfahren auch das Wiederaufnahme-Verfahren nicht aufzuhalten erscheint, so soll demnächst nach Einholung eines Gutachtens des Geh. Medizinalrats Prof. Dr. Senator ein erneuter Haftentlassungsantrag gestellt werden. Der Gesundheitszustand des Angeklagten soll sich infolge heftiger asthmatischer Beschwerden verschlechtert haben.

Als strafbare Beeinflussung Arbeitwilliger wurde das Verhalten der drei Sattlergehilfen Hermann Weder, Alfred Reifel und Friedr. Gündel angefaßt, das sie gestern unter der Anklage der Nötigung und der Beleidigung vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I führten. Im verflochtenen Sommerbruch in der Bundesländischen Militärfabrik in Porort Blankenburg ein teilweiser Streik aus, der indessen bald wieder beendet wurde. Zu denjenigen, welche die Arbeit fortgesetzt hatten, gehörten die Sattlergehilfen Malchow und Hern, während die drei Angeklagten an dem Streik teilgenommen hatten. Zwischen diesen Parteien herrschte deshalb ein gespanntes Verhältnis selbst nachdem sie die Arbeit gemeinsam wieder aufgenommen hatten. Als die Arbeiter am Abend des 8. Oktober den Vorortzug nach dem Stettiner Bahnhof benutzten, richteten die drei Angeklagten es angeblich so ein, daß sie in denselben Abteil kamen, in welchem Malchow und Hern einsteigen waren. Die übrigen Arbeiter wurden auf sie aufmerksam gemacht mit den Worten: „Seht Euch diese beide Menichen mal an, das sind die Streikbrecher, sie mühten photographiert und ihr Bild in allen Fabriken aufgehängt werden, damit sie nirgends wieder Arbeit finden“. Reifel drohte angeblich ferner dem

Malchow, daß er ihm die Knochen im Leibe zerschlagen würde, wenn er sich traue, an Montag wieder zur Arbeit zu kommen. Der Staatsanwalt hielt nicht für erwiesen, daß die Beleidigungen gefallen seien, um die Belastungszeugen zur Teilnahme an einem Streik zu bewegen und sie zu terrorisieren, dagegen habe sich Reifel einer Bedrohung schuldig gemacht. Er beantragte gegen diesen einen Monat, gegen Weder und Gündel je zwei Wochen Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, schloß sich den rechtlichen Ausführungen des Staatsanwalts an, hielt den Haftbestand aber nicht dazu angethan, auf eine Freiheitsstrafe gegen die bisher unbescholtene Angeklagten zu erkennen. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagten Weder und Gündel zu je 50, Reifel zu 75 Mark Geldstrafe.

Vermishtes.

In Warschau hat die Pockenkrankheit stark zugenommen. Während im Jahre 1899 überhaupt nur 179 Todesfälle an Pocken verzeichnet sind, betrug nach amtlicher Angabe im vergangenen Jahre die Zahl der Todesfälle bis Oktober 202. Seitdem hat die Epidemie so zugenommen, daß allein in der Zeit vom Oktober bis 10. November 148 Personen an den Pocken in Warschau verstorben sind. Mit Rücksicht auf die Gefahr der Einschleppung wird jetzt daher seitens der preussischen Behörden vor dem Fremdenverkehr gewarnt und darauf aufmerksam gemacht, daß ausländische, insbesondere russisch-polnische Arbeiter unmittelbar nach ihrem Zuzuge auf ihren Gesundheitszustand sorgfältig zu untersuchen und auch zu impfen sind.

Ueber ein Schiffungsglück wird aus Breslau gemeldet: Infolge dichtem Nebel wurde Donnerstag früh 8 Uhr der Torpedokreuzer „Fleurus“ in der Hafeneinfahrt von Breslau vom Kanonenboot „Renzie“ angerammt. Der Kreuzer „Fleurus“ erlitt an zwei Stellen ein Loch von 5 bzw. 2 Meter. Die Besatzungen beider Schiffe befanden sich im Augenblick des Unfalls auf Deck. „Fleurus“ wurde dank schneller Hilfeleistung über Wasser gehalten; seine Kavarie ist jedoch schwer. Von den Besatzungen ist niemand verletzt.

Marktpreise von Berlin am 2. Januar 1901

nach Quantitäten des tgl. Polizeipreisdiums.		nach tgl. Polizeipreisdiums.	
*) Weizen, gut D.-Str.	15,20	15,14	6,—
„ mittel	15,08	15,02	1,60
„ gering	14,92	14,86	1,30
**) Roggen, gut	14,10	14,05	1,60
„ mittel	14,02	13,98	1,80
„ gering	13,94	13,90	1,60
*) Weizen, gut	18,40	18,30	2,80
„ mittel	18,00	17,90	5,—
„ gering	17,80	17,70	2,20
*) Hafer, gut	16,—	15,90	2,80
„ mittel	15,10	15,00	2,50
„ gering	14,30	14,20	2,—
Nichtkud	7,—	6,82	1,60
Den	7,90	7,80	1,40
Erbsen	40,—	38,—	3,—
Speiseerbsen	45,—	43,—	12,—
Wicken	70,—	68,—	2,50

*) ab Bahn. **) ab Bahn und frei Mühle. †) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 3. Januar. Der Getreidemarkt befindet sich heute sehr ruhig infolge der Fortdauer des strengen Winters. Inzwischen wurde auch durch größeren Warenbedarf bei knappen Zufuhren die Kauflust gefördert. Trotz der schwächeren amtlichen Notierungen blieben die Preise für Weizenlieferungen anfangs behauptet, schwächten sich aber später auf niedrigere Wiener und Badener Notierungen ab. Roggenlieferungen zogen um 0,75 M. an. Hafer lag bei ruhigen Verkehren. Weizen war unverändert. Spiritus. Der Locospiritus wurde auf gestrigem Preisniveau von 44,50 M. gehandelt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

G. v. Witteneberg. Gewünschte Adressen erhalten Sie am besten von der Redaktion des Wochenberichts der Groß-Einstausgesellschaft, Heinrich Kaufmann, Harburg-Geb., Sternstr. 10. Reichstags- stenogramme sind zu haben Berlin SW, Wilhelmstr. 32, Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt.

G. R. 100. Zweifellos ist der Wirt verpflichtet, einen Ofen in die Stube legen zu lassen. Geben Sie die endliche Schung eines solchen innerhalb einer angemessenen, von Ihnen zu legenden Frist, drohen Sie, daß Sie nach erfolglosem Ablauf der Frist den Ofen auf Kosten des Wirts setzen lassen würden, und führen Sie dann Ihre Forderung aus. — R. R. War Wochenlohn oder Monatslohn vereinbart, so muß, falls keine entgegenstehende Vereinbarung vorliegt, auch für die in die Woche oder in den Monat folgenden Feiertage Lohn gezahlt werden. Dem der Lohn war für eine längere Zeit ohne Rücksicht darauf festgesetzt, welcher Art Tage in diesen Zeitraum fallen. Fällt in diesen Zeitraum ein Feiertag, so ändert dies die Zahlungsweise ebenso wenig wie etwa der Urlaub, doch wenn in die 14tägige Zahlungsfrist ein Feiertag fällt, die Frist um 15 Tage verlängert wird. Auch können sich daher der Anspruch auf den Wochenlohn zu, ohne daß eine Abkürzung des Lohns stattzufinden hat.

Wetterprognose für Freitag, den 4. Januar 1901. Zeitweise trüblich, vorwiegend heiter und trocken bei strengem Frost und mäßigen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied, Kollege

Richard Sperling

als der Proletarierkrankheit gestorben ist. Die Beerdigung findet Freitag, den 4. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Friedrichselderstr. 41 aus nach dem Andreas-Kirchhof (Wilhelmsberg) statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Tankagung.

Für die herrliche Teilnahme und reichen Krankspenden bei dem Begräbnis meines lieben Mannes Heinrich Mattner sage ich dem Gesangsverein Unverdorfen meinen tiefempfindenden Dank. Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonabend, den 5. Januar 1901, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hummel, Sophienstraße 5:

Vertrauensmänner-Konferenz

der chirurgischen Branche. Die Ortsverwaltung.

110/3

Wästen-Garderobe.

Größte Auswahl. Billigste Preise. Bereine Preisermäßigung.

Fr. Panknin,

Cranienstraße Nr. 178 II. Adalbertstraße 91. Gde. Cranienstraße.

Central-Kranken- u. Sterbekasse d. deutsch. Wagenbauer (Bezirk Gesundbrunnen).

Am Dienstag, den 1. Januar 1901 verstarb plötzlich unser Mitglied

Friedrich Blochwitz

im Alter von 37 Jahren. 1864/5

Die Beerdigung findet am Freitag, den 4. Januar, nachm. 2 Uhr, von der Schwedenstr. 14 aus nach dem Reuen Pauls-Kirchhof (Pflägensee) statt.

Die Ortsverwaltung.

J. A.: E. Rurgath.

Dr. Lachmann,

Spezialarzt für Hals-, Nasen- und Ohrenleiden. N., Brunnenstr. 75. Sprechstunden 8-10, 12 1/2-1 1/2, 4-6.

Centralverband der Maurer Deutschlands

Zahlstelle I (Putzer).

Am Sonntag, den 6. Januar, vormittags 11 Uhr, im Lokal „Arminshallen“, Kommandantenstr. 20:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Neujahrsgruß, gelungen vom Gesangsverein der Putzer. 2. Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der örtlichen Verwaltung im verflochtenen Vereinsjahr und Neuwahl derselben. 3. Wahl der Delegierten zum Verbandstag in Mainz. 134/1

Im Auftrag der örtlichen Verwaltung: Franz Schultz.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 6. Januar 1901, vormittags 9 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27a:

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Rechtsverhältnisse in gewerblichen Streitigkeiten“. 2. Diskussion. 3. Wie stellen wir uns zu den Entschungen bei Rheinhold und Westfal. 4. Berichtendes. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert. 280/1

Die Ortsverwaltung.

Verein der Bauanschläger

Berlin und Umgegend.

Am Sonntag, den 6. Januar 1901, vormittags 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht des Vorstands. 3. Rassenbericht und Bericht der Revisionen. 4. Neuwahl des Vorstands und der Revisionen. 5. Bericht der 4. Kommission. 6. Neuwahl der 2. Kommission. 7. Berichtendes. 33/1

Das Stiftungsfest findet am 12. Januar in den „Brunnen-Idlen“, Brunnenstraße 16, statt. Der Vorstand.

Zähne 2 M.,

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 Mk. Zahnreinigung wöchentlich. Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter

Deutschlands (Zahlstelle Berlin I).

Sonntag, 6. Januar d. J., vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal von Graumann, Rauhstr. 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1900. 2. Die Krisen, ihre Ursachen und Wirkungen. Referent Genosse Theodor Reizner. 3. Diskussion. 4. Verbandsangelegenheiten. 32/1

Die Ortsverwaltung.

Rabizpanner und Träger!

Sonntag, den 6. Januar, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Jannasch, Inselstraße 10:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom Vergangenen. 2. Wahl des Delegierten zum Verbandstag. 3. Unser Votariat. 4. Gemeindefestliches und Persönliches. 32/2

Die Ortsverwaltung.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer

Berlins und Umgegend.

Sonabend, den 5. Januar cr., in Kellers Festsälen, Kopenstr. 29:

Gr. Wiener Maskenball.

Anfang 8 Uhr. Billet 50 Pf. Ende 11

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.

Sonntag 1 Uhr:

Prenslauerthor nach Biesenthal („Zur Sonne“).

Zähne 2 M.,

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 Mk. Teilzahl. wöchentlich 1 M. Alfred Apenburg, Invalidenstrasse 33. Nähe Stettiner Bahn. Spr. 9-7. Reparatur sofort. *

Große Betten 12 M.

(Oben, unten, über Alles) mit gereinigtem neuen Federbett bei 40 Mark. Berlin S., Postenstraße 46. Preisliste kostenlos. Viele Anerkennungsbriefe.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 4. Januar.

Opernhaus. 6. Sinfonieabend der Königl. Kapelle.

Schauspielhaus. Das schwache Geschlecht. Das Pulverfass. Der neue Vormund. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroll). Sodenjahren - Beispiel. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.

Leffing. Johannisfeuer. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner Frauenvereins-Theater. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichenz. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Liebesprobe. Hierauf: Die Hand. Anfang 7 1/2 Uhr.

Westen. Renata. Hierauf: Der Waffenschied. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central. Die Schöne von New York. Anfang 7 1/2 Uhr.

Secessionstheater. Der Leibknecht. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Die Orientreise. Anfang 8 Uhr.

Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Toto-Toto. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weich. Der Herrmeister vom Teufelssee. Hierauf: Die kalte Hand. Anfang 7 1/2 Uhr.

Enghen. Der Roland von Berlin. Anfang 8 Uhr.

Salle Alliance. Drei Tage aus dem Kölner Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apello. Spezialitäten - Vorstellung. Des Sämen Erwachen. Anfang 8 Uhr.

Palast. Spezialitäten - Vorstellung. Wo ist die Mutter??? Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen. Stelliner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Passage. Panoptikum. Spezialitäten - D. Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.

Irania. Taubenstr. 48/49. (Im Theaterjahr) Abends 8 Uhr: „Auf den Wogen des Ozeans“. Nachm. 4 Uhr (zu ermäßigten Preisen): Dieselbe Vorstellung. Invalidenstraße 57/62. „Die Weltausstellung in Paris.“ Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Freitag, abends 8 Uhr:
Die Orientreise.
Schwanz in drei Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Rabeling.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Kabale und Liebe.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Welt in der man sich langweilt.

Central-Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:
Die Schöne von New York.
(The belle of New York)
Burleske Operette in 3 Akten v. Benno Jacobson. Musik von Gypsho Kerfer.
Morgen und folgende Tage:
Die Schöne von New York.
Sonnabend, 3 Uhr: Halb. Vorf.:
Die Geisha. Abends 7 1/2 Uhr:
Die Schöne von New York.

IRANIA * *
Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Freitagabend 8 Uhr:
Auf den Wogen des Ozeans.
Um 4 Uhr zu ermäss. Preisen:
Dieselbe Vorstellung.
Invalidenstr. 57/62:
Die Weltausstellung in Paris.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS
PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Grosse Weihnachts-Ausstellung!
Die „Trinklust“ der Germanen, sensationelle plastische Gruppen aus Deutschlands Vorzeiten!
Kriegstrophäen aus Transvaal.
Damenkapelle Zarina.
Die wilden Weiber aus Dahomey u. vieles andre mehr!

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
Mlle. Marguerita
Erste Soubrette vom Petit Casino in Paris.
Der Herr von Maxim
Burleske Lokalposse in 1 Akt.
17 erstklassige Spezialitäten 17
Eintr. (soweit der Raum 50 Pf. reicht) inkl. Panopticum.

Passage-Panopticum.
Die zusammengewachsenen Zwillinge
2 Köpfe, 2 Herzen, 4 Arme, 4 Beine und doch nur ein Weib.
Eintritt einschließlich Theater 50 Pf. Kinder die Hälfte.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
König Allgold
oder: Drei Thränen.
Original-Schauspiel in vier Akten von Rud. Knefel.
Musik von Dr. Schmidt.
Sonnabend:
Keine Vorstellung.

Apollo-Theater.
Mit vollständig neuer Ausstattung:
Des Löwen Erwachen.
Komische Operette in 1 Akt von J. Brandl.
The Salambos 3 Rachelias
Minstrels parisiens
Quartett Légay Miss Zella
Valentine Petit
Hesters Kosmograph:
Neue Chinabilder
Helene Gérard usw.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Cirkus Jansly.
Schöneberg, Hauptstrasse.
vis-a-vis dem Rathaus.
Freitag, 4. Januar, abds. 8 Uhr:
Clown- und Komiker-Vorstellung.
Witz, Humor, Vaude, Auftreten sämtl. Clowns und Kugler in ihren besten Leistungen. Zum Schluss: Aufführung der neuen Wasserpantomime:
Saida, die geräubte Wagnatzenbraut. Gr. Ausstattungspantomime, ausgeführt von ca. 100 Personen.
Sonntag: 2 Vorstellungen
Nachmittags 4 und abends 3 Uhr.

Sanssouci
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Nach jeder Solire:
Tanzkränzchen.
Lustige Vagabonden.

Sonnabend, 5. Januar 1901:
Erster grosser
Metropol-Theater-Masken-Ball.
4 Musikkapellen.
Vorzügliche Küche. Exquisite Weine.
Anfang 10 Uhr.
Rauchen in allen Räumen gestattet.
Billets sind an der Kasse und den Verkaufsstellen zu haben.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlsruhe.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige
Sonntag 5 Uhr. **Spezialitäten.** J. H. Hatt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Thalia-Theater
Dresdenerstr. 72.
Heute und folgende Tage:
Amor von heute.
Gr. Ausstattungsposse in 3 Akten.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Vorletzte Woche:
Der Herrmeister vom Teufelssee
Hierauf: Die kalte Hand, oder:
Der Prozess ohne Ende.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, nachmitt. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung, keine Preise!
Rotkäppchen.
In Vorbereitung: Der Braudhüfter.

Cirkus Busch
Freitag, 4. Januar, 7 1/2 Uhr:
Gr. humorist. Clown-Abend.
Zum 37. Male:
„Die eiserne Maske“
Gr. historisches Paneege-Schauspiel in 4 Akten und 3 Hauptrollen.
Original-Pantomime des Cirkus Busch.
Besonders hervorzuheben: Der feenhafte Goldkaktus mit der Wunderfontaine
Auerdem Austr. der Sehr. Feldman als Komponist Rubinstein. Die Clowns Kolyba u. Dandi m. ihrer ballspielend. Pantomime. Vorz. Programmnummer.
Sonntag, 6. Januar, nachm. 4 Uhr: Berl. Vandenpartien (1 Kind auf Sitzplätzen frei); weitere Kinder die Hälfte.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Mit vollständig neuer Ausstattung
Eine tolle Nacht.
Berliner Ausstattungsposse von J. Freund.
Hierzu:
Das sensationelle Debit der **American Zouaven** und das neue **Januar-Spezialitäten-Programm.**
Anfang der Spezialitäten 7 1/2 Uhr, Anfang der „tollen Nacht“ 7 1/2 Uhr.
Sonnabend, 5. Januar:
Erster grosser **Metropol-Theater-Masken-Ball.**

Reichshallen
Stelliner Sänger.
Zum Schluss:
Weihnachten in China.
Anfang 8 Uhr.
Vorher:
Militär-Konzert

Palast-Theater
früher Fein-Palast, Burgstr. 22.
Das durchweg neue sensationelle **Januar-Programm!**
8 1/2 Uhr: **Neu!** 8 1/2 Uhr:
Wo ist die Mutter?
Hofen-Schwanz von H. Kuno.
Sebastian Schanzler: Dr. Winkler.
Cornelius Manchnoz, d. Weltwunder.
Cécil St. Germain, der Unterwelt.
Genes-Duo, einzig bestehend. Ballin-Gruppe, die Sterne der Luft.
Dazu 10 Schau-Nummern 1. Rangs.
Anfang: Sonntag 7 Uhr.
Sonntag: 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.

Cirkus Schumann.
Heute Freitag, 4. Januar 1901, abends prächtige 7 1/2 Uhr:
Zum 108. Male: Ein Sensations-Schlager ersten Rangs:
CHINA.

Grösstes Paneege- u. Wasser-Schauspiel der Gegenwart.
Der Krieg in Ost-Asien. — Die Unruhen in Siam. — Der Aufstand der Boxer — Krieg — Die Verbündeten vor Tokio, Peking, 600 Witzwörter.
Vorher: **Neu!** Die phänomenalen Leistungen der Familie Rogeib.
Neu! Mlle. Marguerite. Ferner: Auftritte der neu engag. Spezialitäten, sowie sämtl. Clowns und Kugler mit ihren neuen und neuen Entrees und Intermezzen. Dir. H. Schumanns neueste Originalaufführungen.
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm. zum 6. Male: Gr. Kinderpantomime **Goliath und David.** 8. 105. Male: **China.** Nachm. 1 Kind frei.
François Leçons 0,75. Professeur Parisien Pommeroy, Breitestr. 19.

BERLINER PFERDE-LOTTERIE
Ziehung am 11. Januar 1901.
3333 Gewinne, zusammen M. 100000.
Losse à M. 11 Stück 10 M.
Parteilose 20 Pf.
Carl Heintze
BERLIN W.
Unter den Linden 3.

Central-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Schöne von New York.
(The belle of New York)
Burleske Operette in 3 Akten v. Benno Jacobson. Musik von Gypsho Kerfer.
Morgen und folgende Tage:
Die Schöne von New York.
Sonnabend, 3 Uhr: Halb. Vorf.:
Die Geisha. Abends 7 1/2 Uhr:
Die Schöne von New York.

Achtung, nicht zu übersehen!
Jeder gestempelte Kassenzettel vom
14. Dezember
von einer Mark aufwärts wird Montag, den 7. Januar, in Bar zurückgezahlt.
Warenhaus Adolf Lewinski, Badstr. 16.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische 4
Kapellen
Gr. Theater-Vorstellung.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Defillation mit Benzolzimmer
Sachstellen, Mitte der Stadt, ist für 2500 Mark zu verkaufen. Näheres bei Mattiata, Rantenschiffstraße 117, Quergebäude, IV. 1827b

Wadengarderobe für Herren
und Damen ist wegen Krankheit der Besitzerin billig zu verkaufen. Bielefelderstraße 21 bei Ortmann.

Vorjährige elegante Herren-Winter-ponchos und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verandabau Germania, Unter den Linden 21 II.

Gardinenhands Große Frankfurter
straße 9, parterre. 39*

Besten, Stoppbeden, Gardinen
spottbillig Verandabau Reanderstraße 6.

Teppiche, Tischdecken, Remontier-waren, Regulateure, spottbillig Verandabau Reanderstraße 6. 46/20

Teppiche mit Farbenflecken,
Kabinettbederle Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 39*

Bettstelle mit Matratze für 25 W.
verkauft Franz, Charlottenburg, Der-
linerstraße 109. 1132*

Musikwerke. Violen, Gitarren,
Gitarren, Gitarren, Saiten; auch
Teilzahlung. Sparfeld, Berliner-
straße 59. 1182*

Nähmaschinen: Adler, Krauss,
Kingshoff, Bobbin, Waisch- und Brings-
maschinen auf Teilzahlung, Roschwig,
Wrangeistraße 118. 1483b

Nähmaschinen aller Systeme ver-
kauft Gustav Schmidt, Alexanderstr.
straße 7, Hof 2 Treppen. 1438*

Nähmaschinen beste deutsche Ware,
ohne Anzahlung, Woche 1 Mark.
Freier Unterricht, Langschiffen, Ring-
schiffen, Rundschiff, Schneidm.
Nähmaschinen-Gesellschaft, Berlin,
Linienstraße 84, nahe Hermannplatz. *

Nähmaschinen sämtlicher Systeme
ohne Anzahlung, Woche 1 Mark,
leicht schneidend, Wollienerstraße 25,
Baden. Unterrichts gratis. 1837b

Walzstrahler, blutbildend, für
Autarke, Brustkranken, Schwächliche,
Gesundheitszunahme, bessere Weich-
säfte, Abwehrkraft, 14 Flaschen
3 Mark, 1/2 Liter 3,50, erhaltbar.
Nicht Glasflaschen, Qualität ein-
sigel. Forterkerer Ringler
Vernauerstraße 119. 88/3*

Stoppbeden am billigsten Fabrik
Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Muschelbinden 28. Spiegel-
geschliffen, 12; Isomirierte, Knöchel-
tische, Truhen aus Holz, Nirogen,
gestankter weicher Polster, eigener
Fabrik, sowie vollständige Wohnungs-
einrichtungen wirklich billig. Diercke-
Wohlfühl-Anstalt, 7a. 4482*

Ein seit 40 Jahren in ein und
demselben Hause bestehendes Geschäft
für Gas- und Wasserleitungen ist wegen
Zerfalls von der Witwe billig gegen
Bar zu verkaufen. Interessenten wollen
ihre Adresse in der Expedition des
Blattes unter E. 2 niederlegen. 1800b

Mollerei, seit 20 Jahren be-
stehend, mit guter Kundsch. beste
Gegen, ist Umwandlungs- u. billig zu
verkaufen. Näheres bei Julius Preis,
Stallgerstraße 6. 4472*

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik. Jasson, Alte
Jacobsstraße 24. Mittwoch, 9. Januar,
neuer Abendkurs. Gründliche theo-
retische und praktische Ausbildung,
Anmeldung täglich. 1845b

Potentialwahl Dammann, Do-
nnerstraße 57, Moritzplatz. Erläuterung
sofortiger Rat abends bis neun.

Unfallfächer, Klagen, Eingaben,
Reklamationen, Puffer, Steiger-
straße 65. 1654b*

Unfallfächer fertigt Schulte, Berg-
mannstraße 107. 1800b

Rechtobureau Andreadstraße 63.
Gewissenhalter Rechtsbeistand. 1850b

Kunsthandwerk von Frau Rosdoff,
Steinmeyerstraße 48.

Der Stoff hat? Fertige Herren-
anzüge: mit Futterfächer 15, ohne
Stoff 30 Mark. Wagner, Schneider-
meister, Frankfurterstraße 69, III. Bitte
Ramen beachten! 1839b

Buchbinder-Arbeit jeder Ar-
ten fertigt Ferdinand Kleinert, W. Schön-
straße 56, 2. Hof parterre. 2357b

Soal und Benzolzimmer empfiehlt
Jannasch, Inselstraße 10. 1208b*

Bereitszimmer frei, Vabentg.,
Kammandantenstraße 65. 2832*

Vermietungen.

Zimmer.
Freundlich möbliertes Zimmer für
2 Herren sofort zu vermieten, Forster-
straße 54, Quergebäude III, bei
Witwe Rosenfeld.

Schlafstellen.
Schlafstelle für Herrn, Kirch-
straße 10, Hof 4 Treppen, Schäfer.*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Blinder Stubblehler bittet um
Arbeit. Stühle werden gut gelehrt,
dieselben werden abgeholt und zurück-
geliefert. Müller, Wulsdorferstraße 27.
Suche Wäsche. Friedrichs-
gracht 16, Frau Wölke. 5706

Stellenangebote.
Zusammenpasser und Ritter ver-
langt Stoffdruck Rittersstr. 59. 1886b

Lehrmädchen, bei vorläufiger
Wart monatlicher Vergütung, finden
vorzügliche Lehrstelle. Töchter von
Handwerkern bevorzugt. Puffel-
schreiber Louis Fünfenstein, Oranien-
straße 131. 1796b

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Jüngerer ordentl. Arbeiter v. so-
berl. Kap. Reanderstr. 4 D. Parterre
nachmittags von 12-1 Uhr. 1479

Achtung! Achtung!
Parkettbodenleger!
Folgende Firma ist gesperrt:
Görty, Claffen, Parlett-Fabrik.
Die Kommission.

Achtung Theaterarbeiter!
Der Streit im Friedrich-Wilhelm-
städtischen Theater besteht weiter.
Dasselbe ist somit nach wie vor ge-
sperrt bis auf weiteres. 287/10*

Achtung! Achtung!
Stuccateure!
Bei der Firma Jäckel haben stants
liche Kollegen auf Grund des Vor-
gebots, Accord zu arbeiten, die
Arbeit nicht erledigt. Bezug ist streng
fern zu halten. Die Bauten der
Firma sind:
Liesengrabenstraße, Gde. Reinecke-
straße; Bau Goldmann.
Weinstraße, 11; Bau Goldmann.
Weinstraße, Gde. Kurfürst-
Damm; Bau Albrecht.
Kurfürst-Damm 200; Bau Krenzel.
Kurfürst-Damm Gde. Schiller-
straße; Bau Mann.
Kurfürst-Damm 21; Bau Kaiser u.
v. Prohmann.
Eisenbahnstraße; Bau Garbe.
179/179* Die Lohnkommission.

Achtung!
Sattler, Tischler, Inoleum-
leger, Buchbinder! Lieber die
Firma Golembowski, Markt-
grabenstraße 13, ist die Sperre
verhängt. 1824b

Die Lokalkommission.